

B. Palästina- und PLO-Politik der DDR 1973–1978

I. Arafat bei den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten

Das Politbüro der SED beauftragte am 8. Mai 1973 sein Mitglied Gerhard Grüneberg, zugleich ZK-Sekretär für Landwirtschaft, nach Beirut zu fliegen, mit Jassir Arafat eine „Zusammenkunft herbeizuführen und mit ihm zu vereinbaren, dass Aktionen gegen die Weltfestspiele in Berlin verhindert werden“¹. Grüneberg reiste am 23. Juni in den Libanon und kehrte am 26. Juni in die DDR zurück². Sechs Tage später erstattete er dem Politbüro Bericht, das daraufhin entschied: „Die Zusammenarbeit mit [...] der PLO ist zielstrebig weiterzuentwickeln. Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen zu realisieren: a) Yassir Arafat wird als Ehrengast des ZK der SED zu den X. Weltfestspielen eingeladen; b) Mit der PLO wird eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit in den Jahren 1973/74 abgeschlossen. In die Vereinbarung ist die Errichtung eines Büros der PLO in Berlin aufzunehmen.“³ Des Weiteren war beabsichtigt, 50 palästinensische Waisenkinder in der DDR aufzunehmen und der PLO Tausende Maschinenpistolen und 500 „schwere Sprengsätze“ zu übergeben⁴.

Gemäß der Aktenlage begab sich also Grüneberg Ende Juni 1973 nach Beirut, um dort Jassir Arafat anzubieten, als Ehrengast der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten nach Ost-Berlin zu kommen, ein Parteiabkommen mit der SED zu unterzeichnen und ein Büro der PLO zu eröffnen. Dadurch sollte, folgt man den Protokollen des Politbüros, ein palästinensischer Terroranschlag auf das Festival verhindert werden. Für die Zusage sicherer Weltfestspiele war es überdies nötig, der PLO/Fatah Maschinenpistolen und Sprengstoff zu schenken⁵. Diese Darstellung der ostdeutschen Parteiführung, die vorgibt, man habe im Sommer 1973 nur deshalb offizielle Beziehungen mit der PLO aufgenommen, um dadurch die Gefahr eines Anschlags in der DDR abzuwenden, ist jedoch aus mehreren Gründen unglaubhaft.

Arafat bei den Weltfestspielen: Moskaus Interessen

Zunächst kam Grünebergs Mission im Juni 1973 keineswegs außerplanmäßig zustande. Der Termin dieser Reise in den Libanon war vielmehr seit Langem be-

¹ So SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1447, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 08. 05. 1973, Bl. 5.

² Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1456, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 03. 07. 1973, Bl. 2.

³ So ebd., Bl. 1f., 51.

⁴ Vgl. ebd., Bl. 51, 53f.

⁵ Vgl. Polkehn, DDR, S. 36; Timm, Davidstern, S. 264, 275f.; Meinung, Kommunistische Judenpolitik, S. 332f. Vgl. auch Bengtson-Krallert, DDR, S. 155–159. Vgl. demgegenüber Maeke, Vom Zauber des Anfangs, S. 155–164.

kannt. Denn im März 1973 hatte die SED nach den Gesprächen mit Arafat in Ost-Berlin beschlossen, die „politische Diskussion“ mit der PLO im Libanon oder in Syrien „im II. Quartal“ 1973 fortzusetzen⁶. Seitens der PLO oder einer palästinensischen Gruppe gab es außerdem kein Motiv für eine Gewalttat in einem sozialistischen Land oder gar gegen die Weltfestspiele der Jugend und Studenten. Die DDR unterhielt mit allen relevanten palästinensischen Organisationen seit Jahren Kontakte, belieferte sie sogar seit spätestens 1970 mit Waffen und nahm im Januar 1973 – symbolisch nach dem palästinensischen Anschlag während der Olympischen Sommerspiele in München 1972 – 29 der aus der Bundesrepublik ausgewiesenen Palästinenser auf. Auch die für die sogenannte Terrorismusabwehr der DDR zuständige Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) erklärte, die PLO sowie einzelne Gruppen hätten im Vorfeld der Weltfestspiele garantiert, dass „keine Aktionen der Palästinenser während des Festivals zu erwarten seien“⁷. Warum reiste außerdem der ZK-Sekretär für Landwirtschaft gemeinsam mit Funktionären des Solidaritätskomitees nach Beirut und nicht Erich Mielke oder ein hochrangiger Mitarbeiter des MfS, wenn angeblich eine so akute terroristische Bedrohung die Sicherheit der X. Weltfestspiele gefährdete⁸?

Selbst wenn man annähme, dieses kommunistische Jugend- und Studententreffen sei als Anschlagziel potenziell ähnlich hoch gefährdet gewesen wie die Olympiade, gab es doch zwischen beiden Ereignissen einen wichtigen Unterschied: Anders als in München 1972 beteiligten sich die Palästinenser an den Weltfestspielen⁹. Warum sollte die PLO oder eine palästinensische Gruppe ein Festival terroristisch angreifen, wenn dort die Palästinenser mit einer Delegation vertreten waren, um die „antiimperialistische“ Verbundenheit im Kampf gegen den Zionismus zu propagieren? Dass die Palästinenser teilnehmen würden, stand lange vor Grünebergs Abflug nach Beirut Ende Juni 1973 fest.

Der vonseiten der DDR nicht anerkannte Gesandte Arafats in Ost-Berlin, der „Journalist“ I. A., bereitete spätestens ab Januar 1973 den Auftritt der Palästinenser bei den X. Weltfestspielen als dafür Verantwortlicher der PLO/Fatah vor¹⁰. Eine solche Beteiligung war nichts Ungewöhnliches, denn eine palästinensische Delegation hatte auch die IX. kommunistischen Weltfestspiele 1968 in Sofia besucht¹¹. Ende Februar 1973, zum Zeitpunkt des zweiten Treffens der SED mit

⁶ So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.678, Information, 28.03.1973, Bl. 46f.

⁷ So BStU, MfS, HA XXII, 19952, Vermerk, 20.09.1973, Bl. 1. Zum Hintergrund der 1972 in Reaktion auf den Anschlag von München neu formierten „Terrorabwehr“ des MfS vgl. Wunschik, Hauptabteilung XXII, S. 7f.; ders., Terrorismus. Das MfS definierte Terrorismus als ein „Wesensmerkmal des Imperialismus und der aggressiven Politik imperialistischer Staaten“, vgl. Suckut, Wörterbuch, S. 364f. Vgl. auch Maeke, Vom Zauber des Anfangs, S. 158f.

⁸ Laut Darstellung von I. A. führte Grüneberg im Juni 1973 eine offizielle SED-Delegation an, der auch ein Vertreter des AASK angehörte, vgl. BStU, MfS, AOP, 16340/76, Bd. 2, Bericht des IM „Hans“, 16.07.1973, Bl. 149.

⁹ Vgl. ebs. die Argumentation von I. A. in: BStU, MfS, AOP, 16340/76, Bd. 1, Bericht IM „Inge“, 04.05.1973, Bl. 157.

¹⁰ Vgl. BStU, MfS, AOP, 16340/76, Bd. 1, Bericht, 06.03.1973, Bl. 106-108; BStU, MfS, AOP, 16340/76, Bd. 1, Information, 22.02.1973, Bl. 101.

¹¹ Vgl. ebd.

Jassir Arafat in Ost-Berlin, ging der „Journalist“ I. A. davon aus, dass etwa 150 Palästinenser zu den X. Weltfestspielen anreisen würden. Nach Darstellung A.s wollten sie sich an den sportlichen Wettkämpfen beteiligen und palästinensische Folklore präsentieren. Außerdem druckte A. bereits Informationsbroschüren über den palästinensischen Kampf gegen Israel, die während des Festivals verteilt werden sollten¹². Überraschend ist nach Auswertung der Quellen der Befund, dass I. A. die Teilnahme der palästinensischen Abordnung an den X. Weltfestspielen allein organisierte, ohne ostdeutsche Mithilfe¹³. Eine Einladung Arafats war weder vonseiten der Palästinenser gefordert worden noch hatte Ost-Berlin einen solchen Schritt angeboten. A. bereitete bis Anfang Juni 1973, als er die DDR verließ, um für die folgenden sechs Wochen in Damaskus und Beirut die letzten Details zu klären, einen palästinensischen Beitrag für die X. Weltfestspiele ähnlich dem von 1968 in Bulgarien vor¹⁴.

Als Grüneberg Ende Juni 1973 im Libanon eintraf und Arafat die Nachricht übermittelte, dass der SED-Staat die Palästinensische Befreiungsorganisation anlässlich der Weltfestspiele der Jugend und Studenten offiziell anerkennen wolle, folgte er Richtlinien des Kreml und keiner Initiative der PLO-Führung oder Honeckers. Moskau hatte ein grundsätzliches Interesse, Arafat nach der Gewalt gegen die Palästinenser und die PLO im Libanon im Frühjahr 1973 verstärkt zu unterstützen. Denn die Konsequenzen einer Passivität nach dem im Mai 1973 erreichten Waffenstillstand hätten einen Zerfall der Palästinensischen Befreiungsorganisation begünstigt. Für die KPdSU galt es aber, diesen nichtstaatlichen Akteur als neuen, dauerhaften Faktor einer Nahostregelung zu etablieren und gleichzeitig zu kontrollieren, vor allem im Nachgang des politischen Disputs mit Ägypten seit Sommer 1972¹⁵. Dabei reichte es aus, dass die sowjetische Parteispitze symbolisch zeigte, dass sie Arafat und die Palästinensische Befreiungsorganisation für legitim hielt, beispielsweise durch die Eröffnung eines Büros der PLO und den Abschluss eines Parteiabkommens im Machtbereich des Kreml. Die kommunistischen Weltfestspiele der Jugend und Studenten boten darüber hinaus den idealen Rahmen, um einen so sensiblen Politikwechsel gegenüber einer des internationalen Terrorismus beschuldigten Befreiungsbewegung zu vollziehen¹⁶. Auch wenn Bulgarien seit Anfang der 1970er Jahre engere Beziehungen mit der PLO pflegte als die

¹² Vgl. ebd.

¹³ Gemäß inoffiziell durch das MfS beschaffter Erkenntnisse bemühte sich A. u. a. auch ohne offizielle Hilfe um private Unterkünfte für die palästinensische Delegation während der Weltfestspiele. Ende Juni 1973 vermerkte die Staatssicherheit: „Es liegen Hinweise vor, dass [A.] vermutet, dass er vom MfS kontrolliert wird. Er testete in dieser Richtung einen weiblichen IM“, so BStU, MfS, AIM, 3448/78, Bd. 2/5, Auftrag der AG AF, 29. 06. 1973, o. P.; BStU, MfS, A, 101/78, Bd. 2/2, Treffbericht, 30. 04. 1973, Bl. 229.

¹⁴ Zur Ausreise A.s vgl. BStU, MfS, AOP, 16340/76, Bd. 2, Information, 19. 07. 1973, Bl. 90; BStU, MfS, AOP, 16340/76, Bd. 1, Vermerk, 29. 06. 1973, Bl. 221.

¹⁵ Vgl. Golan, *Cold War*, S. 64; dies., *Uneasy Alliance*, S. 13f.; dies., *Soviet Union and the PLO*, S. 2; Cobban, *Palestinian Liberation Organisation*, S. 223f.; Dannreuther, *Soviet Union*, S. 49–51, 68; Freedman, *Soviet Union*, S. 147.

¹⁶ Zur Bedeutung der Weltfestspiele vgl. Ohse, *Jugend*, S. 339–356; Wesenberg, *Kontrolle*, S. 5–38; dies., *X. Weltfestspiele*, S. 651–659; Hazan, *Involvement by Proxy*, S. 322–328; Herbert, *Geschichte Deutschlands*, S. 1065–1067.

DDR, war die SED gefordert, offizielle Kontakte mit Arafat herzustellen, nicht die KP in Sofia, denn die Weltfestspiele fanden 1973 in Ost-Berlin statt¹⁷.

Die Reise Gerhard Grünebergs in den Libanon, die vom 23. bis zum 26. Juni 1973 stattfand, muss zudem vor dem Hintergrund der Ergebnisse der zeitgleich abgehaltenen sowjetisch-amerikanischen Spitzengespräche bewertet werden. Leonid Breschnew traf am 23. Juni 1973 mit dem amerikanischen Präsidenten Richard Nixon und seinem sicherheitspolitischen Berater Henry Kissinger zusammen. Kissinger erinnert sich wie folgt: „Brezhnev wanted to settle the Middle East conflict that summer [1973] and the terms he proposed were the Arabs' demands. [...] He wanted to bulldoze us into solving his dilemmas without paying any price. At a minimum he sought to build a record for shifting the onus of a deadlock onto us and to prevent a further erosion of the Soviet position in the Arab world.“¹⁸ Gemäß dem von Kissinger angefertigten Protokoll über das Gespräch zwischen Nixon und Breschnew am Abend des 23. Juni 1973 ergeben sich im Vergleich zu der in seinen Memoiren festgehaltenen Darstellung zwar nur geringfügige, dafür aber politisch umso bedeutendere Unterschiede.

So benannte Breschnew – laut Kissingers Protokoll vom 23. Juni 1973 – vier Prinzipien einer gemeinsamen Nahostlösung: „(1) Guarantees for Israel and the other states. [...] (2) We [die Sowjetunion] can ensure by the guarantees that there is no confrontation from the occupied territories. (3) Israeli withdrawal from Arab territories. (4) There will be unobstructed passage for all through the straits [gemeint sind der Golf von Aqaba, der Suezkanal, zwischen Port Said und Suez, sowie der Golf von Suez]“; Breschnew sprach weder von einem vollständigen israelischen Rückzug aus allen von Israel besetzten arabischen Gebieten noch ging er auf die Palästinenser ein oder erwähnte die PLO¹⁹. Er schien vielmehr Nixon für sich einnehmen zu wollen und gebrauchte deshalb konsensfähige Worte. Breschnew wiederholte seine Prinzipien mehrfach und fasste sie immer wie folgt zusammen: „withdrawal of Israeli troops, recognition of boundaries, free passage of ships, and guarantees“²⁰. Schenkt man diesen Aufzeichnungen Glauben, dann vertrat Breschnew nicht per se die arabische Position und er beharrte auch nicht darauf, sie zu implementieren, wie Kissinger in seinen Memoiren behauptet²¹.

¹⁷ Unmittelbar nach dem Besuch Arafats Ende Juli 1973 kommentierte die bundesdeutsche Presse mit Verweis auf „Ostblockdiplomaten“ die Einladung der PLO nach Ost-Berlin im Sinne einer „Patenrolle, die die DDR für das gesamte sozialistische Lager“ übernehme u. die Sowjetunion habe die DDR ausgewählt, weil sie selbst mögliche „diplomatische Verwicklungen vermeiden wolle“, so Willi Kinnigkeit: PLO in Ostberlin. Die DDR übernahm „Patenrolle“ für die militanten Palästinenser, in: SZ, 28. 09. 1973, S. 4. Vgl. auch Hazan, *Involvement by Proxy*, S. 321–329, 336–340.

¹⁸ So Kissinger, *Years of Upheaval*, S. 297f. Obwohl nicht bekannt ist, an welchem Tag Grüneberg Arafat sprach, ist es wahrscheinlich, dass Arafat die am 24. 06. 1973 veröffentlichten Inhalte des amerikanisch-sowjetischen Kommuniqués kannte, bevor er Grüneberg traf. Zum Besuch Breschnews vgl. Kissinger, *Years of Upheaval*, S. 296–299; Dok. 3 in: Burr, *October War*; Nixon-Brezhnev Communique on Talks, in: WP, 26. 06. 1973, S. C4.

¹⁹ Vgl. Dok. 3 in: Burr, *October War*; Kissinger, *Years of Upheaval*, S. 297f.

²⁰ So Dok. 3 in: Burr, *October War*.

²¹ Zum Memorandum vgl. ebd. Zur Darstellung in den Memoiren vgl. Kissinger, *Years of Upheaval*, S. 297f.

In dem am 24. Juni 1973 veröffentlichten Kommuniqué sprachen die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten erstmals gemeinsam von „legitimen Interessen“ der „palästinensischen Bevölkerung“, die im Prozess einer Konfliktregelung im Nahen Osten gebührend zu berücksichtigen seien: „The parties expressed their deep concern with the situation in the Middle East and exchanged opinions regarding ways of reaching a Middle East settlement. Each of the parties set forth its position on this problem. Both parties agreed to continue to exert their efforts to promote the quickest possible settlement in the Middle East. This settlement should be in accordance with the interests of all states in the area, be consistent with their independence and sovereignty and should take into due account the legitimate interests of the Palestinian people.“²² Anders als die arabischen Staaten es forderten, betonten das Weiße Haus und der Kreml zwar lediglich legitime *Interessen* der Palästinenser, nicht hingegen die legitimen *Rechte* des palästinensischen Volkes. Aber im Gegensatz zu den von Breschnew am 23. Juni gegenüber Nixon und Kissinger formulierten Prinzipien fanden die Palästinenser nun immerhin Eingang in eine offizielle amerikanisch-sowjetische Stellungnahme zum Nahen Osten²³. Wiederum abweichend von Kissingers Behauptung in seinen Memoiren, dass Breschnew am 23. Juni erklärt habe, „final peace would depend on a subsequent negotiation with the Palestinians“, waren die Palästinenser, soweit das offizielle Gesprächsprotokoll vom 23. Juni als glaubwürdig gelten kann, kein Gegenstand der Gespräche, sondern wurden zum ersten Mal im Kommuniqué vom 24. Juni erwähnt²⁴. In jenem gemeinsamen Dokument fehlte indes jede explizite Bezugnahme auf Israel beziehungsweise die Forderung nach einem Rückzug israelischer Truppen aus besetzten arabischen Gebieten – beides hatte Breschnew am 23. Juni gegenüber Nixon und Kissinger noch als prinzipielle Voraussetzung für eine Konfliktlösung bezeichnet.

Ob Leonid Breschnew bewusst taktisch agierte und das Bekenntnis zu den „legitimen Interessen“ der Palästinenser Aufnahme in das gemeinsame Kommuniqué fand, damit er auf die Prinzipien „israelischer Rückzug“ und „Frage der Grenzen“ verzichtete, ist anhand der Quellen nicht nachweisbar. Fest steht jedoch, dass die sowjetische Seite mit dem Erscheinen Jassir Arafats Ende Juli 1973 in Ost-Berlin über bessere Voraussetzungen als die USA verfügte, um den auch von Washington gut vier Wochen zuvor anerkannten „legitimen Interessen“ der Palästinenser Geltung zu verschaffen. Als Nixon dem Kommuniqué mit Breschnew am 24. Juni zustimmte, war der Kreml im Begriff, den selbsternannten rechtmäßigen Vertreter der legitimen palästinensischen Interessen aufzuwerten: Arafats PLO. Die Neuausrichtung der sozialistisch-sowjetischen PLO-Politik fand damals aber noch im Geheimen statt und nur Breschnew wusste von ihr. Diese neue Qualität der Beziehung der sozialistisch-sowjetischen Seite mit der PLO sollte nicht zuletzt die Stärke der USA, der eine Schlüsselfunktion im Nahostkonflikt zukam, brechen. Mit Abschluss der Vereinbarung zwischen der SED und Arafats PLO schien Breschnew erreicht zu haben, was Kissinger eigentlich

²² So Nixon-Brezhnev Communiqué on Talks, in: WP, 26. 06. 1973, S. C4.

²³ Vgl. Sayigh, *Palestinians*, S. 130f.; Nassar, *Palestine Liberation Organization*, S. 161.

²⁴ Vgl. Dok. 3 in: Burr, *October War*; Kissinger, *Years of Upheaval*, S. 297.

verhindern wollte: „to bulldoze us into solving his dilemmas without paying any price“²⁵.

Arafat bei den Weltfestspielen: Honeckers Interessen

Die DDR trat 1973 aber nicht nur als Platzhalter Moskaus auf, sondern zog aus dem Bekenntnis zu Arafat eigene Vorteile. In einer Phase zwischen der Ratifizierung des Grundlagenvertrages und vor dem Beitritt in die Vereinten Nationen waren die während der X. Weltfestspiele getroffenen Festlegungen mit der PLO nicht nur symbolträchtig, sondern politisch weitreichend. Honecker traf damit eine außenpolitische Grundsatzentscheidung, unbenommen, ob vom Kreml intendiert oder nicht: Das SED-Regime legte sich darauf fest, dass es als ein international anerkannter Staat seiner antiisraelischen, proarabischen und propalästinensischen Gesinnung durch Beziehungen mit der PLO Ausdruck verleihen und sich über die PLO-Politik von der Bundesrepublik im Nahen Osten abgrenzen wollte²⁶. Außerdem bedeutete die Aufwertung der Palästinensischen Befreiungsorganisation im August 1973, dass eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Israel zu diesem Zeitpunkt praktisch ausgeschlossen war. Darüber hinaus musste dieser Schritt die seit Ende 1972 von der Conference on Jewish Material Claims Against Germany mit ostdeutschen Verantwortlichen geführten Gespräche über eine geforderte Unterstützung der jüdischen Opfer nationalsozialistischer Verbrechen tangieren²⁷.

Als Jassir Arafat zum ersten Mal in der DDR empfangen worden war, hatte sich das israelische Außenministerium mit den Folgen der internationalen Anerkennung der DDR befasst. Am 24. Oktober 1971, fünf Tage vor dem Eintreffen Arafats in Ost-Berlin, schrieb Johanan Meroz, stellvertretender Staatssekretär der israelischen Regierung, in einem Brief an die Botschaft in Bonn, dass „die Tatsache des sich verändernden internationalen Status der DDR ein neues Kapitel in der Balance von Europa“ bedeuten würde; und zog den Schluss: „Wenn wir auch

²⁵ So ebd., S. 298.

²⁶ Zur DDR-Außenpolitik in der Phase vor u. nach dem VN-Beitritt vgl. Wentker, Doppelter UN-Beitritt, S. 235–258; ders., Außenpolitik in engen Grenzen, S. 410–412, 442–444. Das BVerfG entschied am 31. 07. 1973, während der Feierlichkeiten der Weltfestspiele in Ost-Berlin, dass der Grundlagenvertrag mit dem Grundgesetz vereinbar war, vgl. BVerfGE, Nr. 1, Beschluss, 31. 07. 1973, Bd. 36, S. 1–36. Vgl. ebs. Maeke, Vom Zauber des Anfangs, S. 155–164.

²⁷ Zu den 1972/73 begonnenen Sondierungen vgl. Timm, Claims, S. 95–98; Große, Amerikapolitik, S. 127, 130; Wolffsohn, Deutschland-Akte, S. 276–278; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 370–381; Maeke, Vom Zauber des Anfangs, S. 162–164. Zu den finanziellen Forderungen vgl. ISA/RG 93/MFA/6737/20, Vermerk des WJC, Januar 1973 (hebräischsprachiges Original); Hockerts, Entschädigung, S. 8–26, 31, 40–44; Shafir, Wiedergutmachung, S. 198–203; Goschler, Schuld, S. 159–175; Weingardt, Nahostpolitik, S. 77–92; Gall, Abs, S. 172, 195; Hansen, Katastrophe, S. 161–230, 268f., 340; Jaschinski-Rombeck, Schuldenabkommen, S. 270–289; Jelinek, Deutschland und Israel, S. 121–216, 242–248, 319–322; Zweig, Reparations, S. 26–43; Timm, Davidstern, S. 129–133; dies., Claims, S. 78–84, 88f., 170; dies., Verhandlungen, S. 14f.; Haury, Antisemitismus, S. 293–398.

die äußerst wichtige Stellung, die Ostdeutschland schon heute aufgrund seiner politisch-wirtschaftlichen Stärke im Ostblock hat und die Rolle, die die DDR nicht zuletzt auch im Westen spielt, in Betracht ziehen, wird der Moment der breiten Anerkennung Ostdeutschlands einen allgemeinen Wendepunkt in der europäischen und allgemeinen Politik darstellen. In der Vergangenheit waren wir in allem, was mit der DDR zusammenhing, automatisch aus verschiedenen Interessen ein Partner Westdeutschlands. Es ist klar, dass dieser Zustand so nicht weiterfortbestehen wird.“²⁸ Der israelische Botschafter in Bonn antwortete Meroz am 23. November: „Moskau hat seinen vollen Einfluss und Druck dafür aufgebracht, dass Ostdeutschland aufhört, die sowjetische Politik zu unterminieren. Die DDR musste gegenüber der Bundesrepublik Abstriche machen, um zu einer Regelung zwischen den beiden deutschen Staaten und West-Berlin zu kommen. Beide deutsche Staaten werden sich in absehbarer Zukunft in einigen arabischen Staaten in Konkurrenz miteinander wiederfinden. Dies verpflichtet die kalte ost-deutsche Logik dazu, dass sie die arabische Sache vollständig auf das Extremste gegen uns unterstützen werden.“²⁹

Klar und nüchtern schätzte die israelische Botschaft in Bonn ein, dass der SED-Staat nach dem Erreichen seiner internationalen Anerkennung aufgrund seiner wirtschaftlichen und finanzpolitischen Schwäche die antiisraelische Position in extenso gebrauchen musste, um ein eigenes außenpolitisches Profil im Nahen Osten behalten beziehungsweise weiterentwickeln zu können. Die Anerkennung der PLO seitens der SED war im Sommer 1973 für die zukünftig noch dezidiertere notwendige Instrumentalisierung des proarabischen Standpunktes von entscheidender Bedeutung für die DDR, denn sie bot die Option, sich von Bonn abheben zu können. Indem Honecker nicht länger die humanitäre Ebene des Palästina-Problems in den Fokus rückte, sondern demonstrativ die politische, eröffnete dies zugleich die Chance, sich aus einer finanziellen Konkurrenz mit Bonn zu befreien, nachdem die Bundesrepublik ihre Beziehungen zu den arabischen Staaten wiederhergestellt hatte³⁰. Diese Abgrenzungsfunktion der PLO-Beziehung ab dem Zeitpunkt des internationalen Durchbruches des Ost-Berliner Regimes und der westdeutschen Anerkennung des zweiten deutschen Staates ist aus nationaler Sicht Honeckers unter allen Motiven, die für diesen Paradigmenwechsel der PLO-Politik im Sommer 1973 gesprochen hatten, dasjenige gewesen, das den größten politischen Vorteil für die Außen-, Deutschland- und Nahostpolitik der DDR versprach: Nicht die humanitäre Hilfe zugunsten palästinensischer Flüchtlinge sollte

²⁸ So ISA/RG 130/MFA/4572/26, Schreiben des Außenministeriums an die Botschaft Bonn, 24. 10. 1971 (hebräischsprachiges Original).

²⁹ So ISA/RG 130/MFA/4572/28, Schreiben der Botschaft Bonn an das Außenministerium, 23. 11. 1971 (hebräischsprachiges Original).

³⁰ Vgl. Maeke, *Vom Zauber des Anfangs*, S. 160–164. Zur Wiederaufnahme der Beziehungen vgl. Wischniewski, *Leidenschaft*, S. 140–150. Zur damaligen bundesdeutschen Haltung gegenüber der PLO vgl. Jaeger, *Quadratur*, S. 49–60, 239; Müllenmeister, *Nahostpolitik*, S. 98–103. Im März 1973 hatte der westdeutsche Botschafter in Beirut in einem Interview die bundesdeutsche UNRWA-Hilfe von 3,3 Mio. DM ausgiebig erläutert u. zusätzliche Zahlungen von 50 Mio. DM angekündigt, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 1.308/75, „The Daily Star“, 18. 03. 1973, Bl. 122.

genutzt werden, sondern die Palästinensische Befreiungsorganisation – die die Bundesrepublik nicht in gleicher Weise aufwerten konnte wie die DDR.

Honecker setzte die PLO gezielt als ein Mittel der außenpolitischen Strategie ein, denn mit der offiziellen Einladung Arafats 1973 anlässlich des größten kommunistischen Festivals der Jugend und Studenten konnte man sich von der Bundesrepublik abgrenzen. Damit versuchte er zugleich, die Legitimation der SED-Herrschaft zu festigen. Nachdem der Grundlagenvertrag die deutsch-deutschen Verhältnisse regelte, stand die DDR vor einer Herausforderung: Jede Öffnung und Normalisierung, wie sie die Bundesrepublik nun erhoffte, vergrößerte die Gefahr einer Erosion ideologischer und politischer Unterschiede und drohte die Macht der Partei zu untergraben³¹. Die Unterstützung des Kampfes der Palästinenser gegen den Zionismus sollte auch das Selbstbild eines unvorbelasteten, antifaschistischen, sozialistischen Staates, der als Gegenentwurf zur Bundesrepublik galt, stärken und Zustimmung im Inneren erzeugen³². Grundlegende Aspekte der deutsch-deutschen Kontrastgeschichte zwischen 1949 und 1990 in Bezug auf den Umgang mit deutscher Schuld am Holocaust und die Frage nach deutscher Verantwortung gegenüber Juden und dem jüdischen Staat fanden in zwei Ereignissen ihren Ausdruck: Im Juni 1973 besuchte erstmals ein Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland den Staat Israel, und der Staatsratsvorsitzende der Deutschen Demokratischen Republik eröffnete wenige Wochen danach Beziehungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation³³.

1. Die Substanz der SED-Vereinbarung mit der PLO

Die Aufnahme offizieller Kontakte zwischen der SED und der PLO legte im Sommer 1973 die Koordinaten der ostdeutsch-palästinensischen Beziehungen neu fest. Die Solidarität für das Volk von Palästina fand – laut dem Parteiabkommen – ihren Ausdruck in der Zusammenarbeit mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Zudem erkannte die SED die PLO als die rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes an. Damit verlieh Honecker dem Selbst-

³¹ Vgl. Bender, *Neue Ostpolitik*, S. 248–254; Haftendorn, *Außenpolitik*, S. 161–164; Conze, *Sicherheit*, S. 452; Kielmansegg, *Land*, S. 520–529; Kregel, *Außenpolitik*, S. 55–63, 81–90; Wentker, *RDA*, S. 36–38; Görtemaker, *Bundesrepublik Deutschland*, S. 716f. Vgl. ebs. Sywottek, *Herausforderung*, S. 151–163; Knabe, *West-Arbeit*, S. 89–100; Wentker, *Doppelter UN-Beitritt*, S. 238–240, 256–258.

³² Vgl. Illichmann, *DDR*, S. 133–197, 319–344; Herf, *Divided Memory*, S. 106–200, 373–394; Muschik, *SED*, S. 256–258; Timm, *Ideology*, S. 186–200; Haury, *Antisemitismus*, S. 387–465; Maeke, *Vom Zauber des Anfangs*, S. 155–162. Zur antifaschistischen Selbstlegitimation des SED-Regimes vgl. Wentker, *Staatsräson*, S. 145–152; Conze, *Sicherheit*, S. 446–452, 756–761; Münkler, *Antifaschismus*, S. 79–98.

³³ Zur Reise Brandts nach Israel vgl. Merseburger, *Brandt*, S. 682–684; Fink, *Ostpolitik* S. 199f.; Jaeger, *Quadratur*, S. 51f. Die besondere politische Dimension der PLO beschrieb der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde West-Berlins, Heinz Galinski, in seinem Brief an Erich Honecker im September 1973, vgl. ISA/RG 93/MFA/2735/12, Schreiben Heinz Galinskis an die israelische Botschaft Bonn, 21. 09. 1973; Galinski bedauert feindselige Haltung der „DDR“ gegen Israel, in: *Die Welt*, 22./23. 09. 1973, S. 5.

verständnis der PLO Legitimität³⁴. Von Sommer 1973 an wollte darüber hinaus die SED die Fatah-geführte Palästinensische Befreiungsorganisation insgesamt fördern. Es ging nicht mehr um Kontakte des Solidaritätskomitees, einzelne Widerstandsgruppen oder um eine finanzielle Unterstützung der palästinensischen Flüchtlinge. Die Gesamtsumme ostdeutscher Solidarität von einer Million Mark sollte in materiellen Sachwerten an die PLO ausgezahlt werden, nicht inbegriffen die militärischen Güter sowie die immateriellen Kosten für die akademische und berufliche Ausbildung von Palästinensern.

Der am 2. August 1973 unterzeichnete Text stellte eine ergänzte Version dar. Am 27. Juli, dem Tag vor Arafats Ankunft in Ost-Berlin, hatte das ZK der SED dessen erste Fassung beschlossen³⁵. Im Unterschied zum endgültigen Abkommen fehlte hier die Zusage einer Solidaritätsleistung in Höhe von einer Million Mark³⁶. Außerdem war die Anzahl der medizinischen Behandlungen noch mit zehn Plätzen exakt festgeschrieben worden³⁷. Aufgrund von Gerhard Grünebergs Erläuterungen vom 28. Juli wird deutlich, dass Arafat die erste ZK-Version vorgelegt bekam, aber nicht mit allen Punkten einverstanden war und die späteren Veränderungen auf Bitten der Palästinenser zurückzuführen waren³⁸. Die finale SED-Vereinbarung mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation war folglich erst zwischen dem 28. Juli und dem 1. August 1973 entstanden. Die Summe der Solidaritätsleistungen war neu aufgenommen worden; vage blieb jedoch zugleich die Aussage von „einer Anzahl“ kostenloser Heilbehandlungen, die sowohl mehr als auch weniger als zehn bedeuten konnte. Wie viele akademische und berufliche Ausbildungsplätze die DDR den Palästinensern zur Verfügung stellen wollte, wurde im Abkommen letztlich nicht festgehalten³⁹.

Die offizielle PLO-Unterstützung und die Forderungen der „progressiven“ Palästinenser

Die SED ging 1973 mit Jassir Arafat keine gewöhnliche Parteibeziehung ein. Die Besonderheiten des Abkommens mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation

³⁴ Vgl. die Bestimmungen des Abkommens in: BStU, MfS, HA II, 18652, Vereinbarung zwischen der SED u. der PLO, 02. 08. 1973, Bl. 548. Vgl. auch Meinung, Kommunistische Judenpolitik, S. 333f.

³⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/2037, Vereinbarung zwischen der SED u. der PLO, o. D., Bl. 8f.

³⁶ Vgl. ebd. Anders als im letztlich unterzeichneten Abkommen, das „den Zionismus“ ausdrücklich als gemeinsamen Feind benannte, findet sich dieser Ausdruck in der ersten Vorlage nicht, vgl. BStU, MfS, HA II, 18652, Vereinbarung zwischen der SED u. der PLO, 02. 08. 1973, Bl. 548; SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/2037, Vereinbarung zwischen der SED u. der PLO, o. D., Bl. 8.

³⁷ Vgl. ebd., Bl. 9.

³⁸ Für Grünebergs Aussagen vgl. SAPMO-BArch, DY 30/25807, Niederschrift, 28. 07. 1973.

³⁹ Zwischen 1974 u. 1978 waren es insgesamt rd. 20 Plätze jährlich, vgl. BArch, DR 3/2. Schicht, 4063, Statistik über die Verteilung des Kontingents ausländischer Studierender, Studienjahr 1975/76, o. D.; BArch, DR 3/2. Schicht, 4063, Übersicht über die Vergabe der Studienplätze 1976, o. D.; BArch, DR 3/2. Schicht, 4063, Statistik über das Studentenkontingent 1976/77, o. D.; BArch, DR 3/2. Schicht, 4063, Übersicht über die Aufteilung des Kontingentes ausländischer Studierender 1977/78, o. D.

werden im Vergleich zu anderen derartigen Abschlüssen deutlich. So trug etwa das PLO-Dokument den Titel: „Vereinbarung zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Palästinensischen Befreiungsorganisation“; vermieden wurde die Überschrift „Vereinbarung zwischen dem *Zentralkomitee* der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und dem *Exekutivkomitee* der Palästinensischen Befreiungsorganisation“⁴⁰. Im Fall des ANC und der PAIGC beispielsweise schloss das ZK der SED jedoch eine Vereinbarung mit dem Quasi-ZK des Partners⁴¹. Bei der Palästinensischen Befreiungsorganisation geschah dies nicht, denn *die* PLO war nicht ein homogener Akteur, so wie *der* ANC oder *die* PAIGC. Die exekutiven und legislativen Organe der PLO setzten sich vielmehr aus unterschiedlichen Teilen der palästinensischen Widerstandsbewegung zusammen; nirgendwo waren alle Gruppen der Palästinenser vertreten. Die Breite des politischen Spektrums der Teil-Organisationen reichte auch 1973, so resümierte es das Ministerium für Staatssicherheit selbst, „von ultralinks und maolistisch bis reaktionär-arabisch“, wobei immerhin, so das MfS, „einzelne Führungsmitglieder“ der Fatah, des mächtigsten Mitgliedes der PLO, im Begriff gewesen sein sollen, sich dem Marxismus-Leninismus „anzunähern“⁴². Arafats Fatah, so die Staatssicherheit, sei aber auch weiter, „stark vom Islam beeinflusst“ – ein Merkmal, das keiner anderen palästinensischen Gruppe attestiert wurde⁴³.

Wenn die SED erklärte, sie schließe eine Vereinbarung mit *der* PLO, aber nicht mit *dem Exekutivkomitee* der PLO, so weist dies zunächst darauf hin, dass Honecker in der Zusammenarbeit mit den Palästinensern nicht ausschließlich auf die „Regierung“ der PLO festgelegt sein wollte. Denn dieses Kabinett existierte lediglich in Form der Fatah und war nicht *die* PLO, da nicht jede der diversen palästinensischen Gruppen dort einen Sitz innehatte. Und selbst wenn DFLP und PFLP vertreten waren, konnten sie keine wirkungsvolle Opposition gegen die Fatah-Mehrheit ausüben. Die Ost-Berliner Parteiführung schränkte den Adressaten der SED-Unterstützung insofern nicht auf „das Exekutivkomitee der PLO“ ein und besaß damit – wie bereits seit dem 1970 verabschiedeten Maßnahmenplan – die Möglichkeit, alle Teile der palästinensischen Widerstandsbewegung, die Abgeordnete in der palästinensischen Nationalversammlung stellten, zu fördern. Diese Differenzierung erlaubte es der SED, auch Delegationen von Gruppen zu empfangen, die nicht dem Exekutivkomitee angehörten, um auszuschließen, dass die „bourgeois-islamische“ Fatah die Beziehung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands mit *der* PLO monopolisierte⁴⁴.

⁴⁰ Vgl. BStU, MfS, HA II, 18652, Vereinbarung zwischen der SED u. der PLO, 02. 08. 1973, Bl. 548 (Hervorhebungen eingefügt).

⁴¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/145, Vereinbarung zwischen dem ZK der SED u. dem Obersten Kampfrat der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei Guineas und der Kapverdischen Inseln, 31. 10. 1972, Bl. 1; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/147, Vereinbarung zwischen dem ZK der SED u. dem Exekutivkomitee des ANC Südafrikas, 09. 11. 1972, Bl. 65.

⁴² Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 19952, Bericht, 20. 09. 1973, Bl. 1.

⁴³ Vgl. ebd.

⁴⁴ Golan, *Soviet Union and the PLO*, S. 16f., u. dies., *Uneasy Alliance*, S. 150f., verweist darauf, dass auch die Sowjetunion ihre PLO-Politik seit 1973 zwar äußerlich betrachtet

Dies bedeutete jedoch zugleich, dass Erich Honecker in der Realität Position gegenüber jeder einzelnen Gruppe im innerpalästinensischen, von den arabischen Staaten und Israel beeinflussten Machtkampf vor allem zwischen der Fatah, der DFLP, der PFLP und der Saiqa innerhalb *der* PLO beziehen musste. Weil *die* PLO keine monolithische Struktur besaß, gewannen auch banale Fragen, etwa welcher palästinensischen Organisation ein Gesprächspartner angehörte, welche palästinensische Gruppe in einer offiziellen Besuchsdelegation *der* PLO vertreten war oder ob beispielsweise die Fatah oder die DFLP ihre Publikationen in der DDR verbreiten durfte, eine wesentliche politische Bedeutung. Insofern war es ein Paradox der Vereinbarung mit der PLO, dass die durch die SED propagandistisch herausgestellte Unmittelbarkeit der Beziehungen mit *der* PLO in dieser Form nicht festgelegt werden konnte und die politisch-diplomatische Aufwertung im Grunde allein Arafats Fatah zugutekam. Gleichgültig, wie die SED diese Vereinbarung benannte, in der Praxis existierte weder *die* PLO als eine einheitliche Organisation noch konnte mit irgendeiner anderen ihrer Institutionen als dem Exekutivkomitee zusammengearbeitet werden – wollte man einen Eklat vermeiden.

Im politischen Alltag mit Jassir Arafat ab dem Sommer 1973 manifestierte sich diese Problematik auf unterschiedliche Weise. So bezahlte und belieferte Ost-Berlin zum Beispiel nur *die* PLO. Konkreter Empfänger von Lieferungen aus der DDR war eine der zuständigen Abteilungen der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Beispielsweise wurden Materialien in Rostock verschifft und in den Bestimmungshäfen von dieser Abteilung nach Zahlung einer Abgabe an die Hafenbehörde des jeweiligen arabischen Gastlandes entgegengenommen. Hinter den PLO-Einrichtungen stand ausnahmslos Arafats Fatah, denn sie kontrollierte die Posten innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation und damit die Mittelverteilung an die PLO. Die Verfügungsgewalt der Fatah über die Solidaritätsgüter, inklusive der Waffenlieferungen, der Ausbildungs-, Studenten-, Kinder- und Krankenkontingente, hatte zur Konsequenz, dass sie sich bei deren Vergabe im Vergleich zu anderen Gruppen begünstigte.

Bereits 1974 forderten deshalb sowohl die DFLP als auch die PFLP – trotz ihrer Zugehörigkeit zum Exekutivkomitee der PLO –, man möge zu ihnen eigenständige Parteibeziehungen aufbauen und endlich auch ihnen gezielte Unterstützung gewähren, inklusive Waffen und Munition, denn alles, was die DDR liefere, käme ausschließlich der Fatah zugute und damit der falschen Seite⁴⁵. Die DFLP verwies darauf, nur sie sei der „Garant für die Vertiefung der Beziehungen der PLO mit den sozialistischen Staaten“⁴⁶. Knapp ein Jahr nach dem Abschluss des SED-Abkommens verlangte die Demokratische Front, eine Delegation des DFLP-Politbüros müsse in der DDR zum Meinungsaustausch empfangen werden⁴⁷. Weiter hieß es im Vermerk des Solidaritätskomitees: „Auf meine Antwort, dass ich diesen

am „Nicht-Marxisten und Nationalisten Arafat“ ausrichtete, aber zugleich um eine steti-
ge Verbesserung der Kontakte mit der DFLP bemüht war. Vgl. auch Primakov, Arabs,
S. 240.

⁴⁵ Zur Forderung der PFLP vgl. BArch, DZ 8/178, Information, 11. 02. 1974. Zu den Aus-
sagen der DFLP vgl. BArch, DZ 8/178, Vermerk, 11. 12. 1974.

⁴⁶ So ebd.

⁴⁷ Vgl. ebd.

Vorschlag der Leitung unseres Komitees zur Beratung und Entscheidung vorlegen werde, es aber im Übrigen eine Vereinbarung mit der PLO gebe, wonach wir die Beziehungen ausschließlich über das Exekutivkomitee der PLO realisieren, erwiderte er [der Vertreter der DFLP] sinngemäß: Diese Vereinbarung werde von der DFLP im Interesse der Wahrung des Zusammenhalts der PLO respektiert. Dennoch wäre es für uns sicherlich nützlich, eine Einschätzung der Kräfte innerhalb der PLO zu erhalten, um nicht von Entwicklungen unangenehm überrascht zu werden. [...] In diesem Zusammenhang bezeichnete er Yasser Arafat als Vertreter der nationalen palästinensischen Bourgeoisie.⁴⁸

Im September 1975 führte der Vorsitzende der PFLP gegenüber dem ZK der SED aus: „Arafat sagt immer, dass er taktieren muss. [...] Jede Revolution muss Verhandlungen und Kompromisse eingehen. Wir anerkennen die Bedeutung der Kompromisse. Aber Lenin sagte schon, dass man zwischen Kompromissen und Kompromissen unterscheiden muss. [...] Wir schätzen alle Formen der Unterstützung der DDR für die PLO sehr hoch ein, auch wenn die Volksfront davon nichts erhielt. Unser Ziel ist die maximale Festigung der Beziehungen mit den sozialistischen Ländern. [...] Es gibt Widersprüche innerhalb der PLO. Es gibt in der PLO rechte und linke Kräfte, [...] in der PLO sind verschiedene Klassen vertreten. [...] Die DDR unterstützt ungewollt die rechten Kräfte in der PLO. Arafat selbst steht in der Mitte, aber seine Stützen sind die rechten Kräfte. Alles, was von der DDR an die PLO geliefert wird, wird von Arafat persönlich verteilt.“⁴⁹ Wie konnte die SED „progressiven“ Tendenzen stärker Geltung verschaffen, ohne gleichzeitig den Vorsitzenden des Exekutivkomitees zu beschädigen, der in Personalunion der Gruppe der PLO angehörte, die am „bürgerlichsten“ war, aber zugleich die Palästinensische Befreiungsorganisation kontrollierte⁵⁰?

Auch wenn Honecker *die* PLO zum Adressaten der SED-Unterstützung erklärte, schloss er 1973 eigenständige Parteibeziehungen mit separaten Teilgruppen der PLO zunächst kategorisch aus. Denn diese hätten unwillkürlich vom Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation als Affront betrachtet werden müssen. Die SED begegnete den Forderungen der DFLP und PFLP sowie den wahrgenommenen ideologisch-politischen Problemen der Fatah ab der offiziellen Aufnahme von Parteibeziehungen 1973 insgesamt mit einem Arafat-zentrierten Ansatz. War die Fatah, die Arafat mit gegründet hatte und der er vorstand, ideologisch weiterhin höchst suspekt und eine Gefahr für den progressiven Entwicklungsweg der PLO, so stand die Glaubwürdigkeit Arafats in dieser Zeit niemals infrage. Fast schien es, als ob er nach Meinung Honeckers und der Ost-Berliner Führung keine Bedeutung für die Ausrichtung der Fatah besessen habe. Arafat nahm in den Bewertungen der DDR immer eine

⁴⁸ So ebd. Vgl. auch BArch, DZ 8/178, Vermerk, 18.03.1975.

⁴⁹ So BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 25.09.1975, Bl. 410, 416f.

⁵⁰ Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 106, erklärt, die DDR habe „special relations“ mit der DFLP u. den palästinensischen Kommunisten entwickelt, aber gleichzeitig angeblich niemals Arafats Führungsanspruch infrage gestellt. Dannreuther, Soviet Union, S. 3, stellt fest: „There was need to develop relations with the PLO as a collective body on the one hand, and with the independent factions which constituted the major power blocs within the PLO in many different levels on the other.“

Sonderstellung ein. Auch wenn man die Fatah insgesamt als stark religiös, „bourgeois“ und antikommunistisch einschätzte und sie aus Sicht der SED in einen dominanten, „reaktionären“ und einen deutlich weniger einflussreichen linken Flügel ohne gefestigte marxistisch-leninistische Anschauungen gespalten war, so betrachtete die SED Arafat als den Mittler zwischen der politischen Rechten und der Linken der Fatah. Arafat galt als „ein überzeugter palästinensischer Nationalist“, der, so die Einschätzung des MfAA, „trotz seiner kleinbürgerlich-nationalistischen ideologischen Grundhaltung eine progressive, antiimperialistische Grundhaltung bewahrt [habe]. [...] Sein konsequentes Eintreten für die palästinensische Sache, sein realistisches, aber von Flexibilität und pragmatischen Erwägungen getragenes Herangehen an die Lösung komplizierter Aufgaben, hat ihn zu einem anerkannten und vor allem akzeptierten Führer der PLO werden lassen. [...] Arafat versteht es sehr gut, die sich oft divergierenden Anschauungen zwischen den einzelnen Organisationen und Gruppierungen innerhalb der PLO auszubalancieren. Seine taktische Linie ist nicht immer leicht erkennbar.“⁵¹

Die SED schätzte nur wenige Funktionäre der Fatah in ideologischer Hinsicht ähnlich wie Arafat ein, der als „progressiv“ denkender, „kleinbürgerlicher“ Nationalist galt. Nur Salah Khalaf und Faruq al Qaddumi zählte sie noch zu dieser Gruppe. Qaddumi hielt die SED für einen „progressive[n] Vertreter der palästinensischen Bourgeoisie. [...] Seine Grundhaltung wird ideologisch vom palästinensischen Nationalismus bestimmt. Sie ist progressiv und antiimperialistisch.“⁵² Die Brüder Khalid und Hani al Hassan, Hajal Abd al Hamid, Amin al Hindi, Ali Hassan Salama und Khalil al Wazir – allesamt maßgebliche Fatah-Mitglieder, die einen deutlich engeren Bezug zu Westeuropa, der Bundesrepublik beziehungsweise „reaktionären“ arabischen Staaten und islamistischen Organisationen hatten – beurteilte die Parteiführung in Ost-Berlin hingegen deutlich zurückhaltender⁵³. Mit dieser widersprüchlichen Kategorisierung versuchte die SED, den Umgang mit der PLO zu erleichtern und die wahrgenommene charismatische Ausstrahlungskraft Arafats zu nutzen. Zugleich sollte jene ideologische Hilfskonstruktion erklären, was im Sinne Lenins nicht existierte: die von einer „reaktionären“ Gruppe geführte nationale Befreiungsorganisation.

Interessanterweise gehörte die Botschaft in Beirut, also die diplomatische Vertretung der DDR in dem arabischen Land, das für die PLO und die einzelnen palästinensischen Organisationen seit 1970 zum wichtigsten Stützpunkt geworden

⁵¹ So PA-AA, Bestand MfAA, B 5.625, Einschätzung, o. D., ca. 1976.

⁵² So ebd.

⁵³ Die Brüder Khalid u. Hani al Hassen sowie Hajal Abd al Hamid u. Amin al Hindi gehörten als ehemalige Studenten, die in der Bundesrepublik ausgebildet worden waren, zur „deutschen Gruppe“. Wazir bzw. Salama sollten als Verbindungspersonen der Fatah die Kontakte zu islamistischen Organisationen u. den Vereinigten Staaten aufrechterhalten, vgl. Gowers/Walker, *Myth*, S. 35; Sayigh, *Struggle*, S. 87; Pacea, *Red Horizons*, S. 29; Hart, *Arafat*, S. 154, 248f.; Kraushaar, *Kampf*, S. 268, 300-303; Engelleder, *Islamistische Bewegung*, S. 70f.; Abu-Amr, *Islamic Fundamentalism*, S. 111 f.; Rubin, *Revolution*, S. 39; Aburish, *Arafat*, S. 224; David Ignatius: *P.L.O. Operative*, in: *WSJ*, 10. 02. 1983, S. 1f.; *Discrete Art*, in: *Der Spiegel*, 11/1983, S. 145f.; Frangi, *Gesandte*, S. 213; ders., *PLO und Palästina*, S. 134f.; Isabel Kershner: *Amin al-Hindi, Former Palestinian Intelligence Chief, Dies at 70*, in: *NYT*, 18. 08. 2010, S. A25. So auch Frangi im Gespräch am 03. 09. 2012.

war, frühzeitig zu den entschiedenen Befürwortern separater Kontakte mit den „progressiv-antiimperialistischen“ Teilen der Palästinensischen Befreiungsorganisation, da Arafat „zu sehr laviere“⁵⁴. Das ZK der SED rügte diese Meinung im Sommer 1975 mit der Begründung, „diese Dinge [würden] seitens der Botschaft der DDR im Libanon falsch eingeschätzt“ und einer solchen Beurteilung müsse daher „entgegengewirkt“ werden⁵⁵. Nichtsdestotrotz suchte die SED in den ersten Jahren nach Abschluss des Abkommens mit der PLO das politische Gespräch mit der DFLP und der PFLP – nicht mit der Fatah. Funktionäre von Arafats Fatah wurden in Ost-Berlin lediglich in ihrer Funktion als Repräsentanten der PLO empfangen; bis 1990 ließ die DDR nur einen einzigen Aufenthalt einer Delegation der Fatah zu⁵⁶.

Auch Arafat wurde niemals als Vorsitzender seiner Teil-Organisation der PLO, sondern nur als Vorsitzender des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation begrüßt, Faruq al Qaddumi nur als „Außenminister“, Khalil al Wazir als „Verteidigungsminister“, Salah Khalaf als „Geheimdienstminister“ der PLO. Die DDR sprach nicht mit der Fatah, sondern konsultierte Arafats Vertraute in deren amtlicher PLO-Funktion. Gleichzeitig versuchte die SED, im Gespräch mit der DFLP und PFLP die stets betonte „Einheit“ der PLO zu wahren und zu verhindern, dass die Demokratische Front und die Volksfront zur Befreiung Palästinas entweder von sich aus die Palästinensische Befreiungsorganisation verließen oder ausgeschlossen wurden. Denn dies hätte das Entstehen einer Gegen-PLO zur Folge gehabt und das wiederum hätte bedeutet, dass Arafat mit der alten PLO eine Organisation kontrollierte, die, anders als die neue PLO, noch weniger „antiimperialistisch“ ausgerichtet gewesen wäre, da diese PLO dann tatsächlich identisch mit der Fatah gewesen wäre. So verlegte sich die DDR im Nachgang der SED-Vereinbarung mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation auf den Standpunkt, den linken Flügel der Fatah als maßgeblich zu betrachten, Arafat als Vorsitzenden des Exekutivkomitees zu stabilisieren und die „Einheit“ der PLO zu festigen. Oder anders formuliert: Ost-Berlin wollte verhindern, dass die DFLP oder PFLP die Palästinensische Befreiungsorganisation oder ihre „Regierung“ verließ oder Arafat stürzte.

Die „operativen Interessen“ der DDR-Staatssicherheit

Erich Honecker hatte zu akzeptieren, dass in der DDR nicht *die* PLO agierte, sondern diverse palästinensische Gruppen in Erscheinung traten. Das Ministerium für Staatssicherheit konstatierte im Oktober 1973, man habe bislang fünf solcher

⁵⁴ So BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 25. 06. 1975, Bl. 456. Selbst aus Aufzeichnungen des ADN Anfang November 1971 geht nicht nur hervor, dass die DDR-Vertretung in Beirut enge Kontakte zur PFLP unterhielt, sondern auch der ADN mit seinem Büro vor Ort separat u. vertrauensvoll mit dem „Pressedienst“ der PFLP kooperierte, vgl. BArch, DC 900/1329, Bericht, 03. 11. 1971.

⁵⁵ Vgl. BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 25. 06. 1975, Bl. 456.

⁵⁶ Vgl. BArch, DZ 8/178, Vermerk, 12. 08. 1976. Die Sowjetunion empfing im September 1977 zum ersten Mal offiziell eine Fatah-Delegation, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.670, Schreiben der Botschaft Damaskus an das MfAA, 24. 07. 1978, Bl. 24.

Organisationen – die Fatah, die DFLP, die PFLP, die Saiqa und die PFLP-GC – ausgemacht; jede von ihnen hatte aufgrund studentischer Unterstützer ein breites personelles Netzwerk errichtet und verfügte über umfassende Kontakte nach West-Berlin, in die Bundesrepublik und die beiden sozialistischen Nachbarstaaten⁵⁷. Knapp 18 Monate später hielt das MfS fest: „Es wird eingeschätzt, dass bereits die Nachrichtendienste der einzelnen Organisationen der PLO (Al-Fatah, Al-Saiqa, Al-Ansar, PFLP, DFLP, [...] General-Command [PFLP-GC]) auf dem Gebiet der DDR wirken und unter den Studenten und Praktikanten entsprechende Informanten haben. Eine einheitliche Leitung der nachrichtendienstlichen Tätigkeit durch den geplanten Einsatz eines Mitarbeiters des Sicherheitsdienstes der PLO in der DDR ist damit nicht zu erwarten, sondern würde weitere Spannungen mit sich bringen.“⁵⁸

Wenige Wochen darauf verfasste die Hauptabteilung II des MfS einen „Bericht über die Aktivitäten des palästinensischen Geheimdienstes Jihaz Al-Rasd (Amt/Organ für Aufklärung) auf dem Territorium der DDR“⁵⁹. Darin erklärte die Staatssicherheit zutreffend, der Al-Rasd sei ein Geheimdienst der Fatah, wäre aber in sich gespalten und würde von „der irakischen Seite stark beeinflusst [...], [um] konspirativ gegen die von der Al-Fatah vertretene Politik der Arafat-Linie vorzugehen“⁶⁰. In den jeweiligen Ländern – auch in der DDR – sei dieser sogenannte Al-Rasd durch einen „Residenten“ vertreten, der wiederum eine Vielzahl an Mittlern und Werbern koordiniere, die ihrerseits ausschließlich palästinensische Studenten als Informanten führten⁶¹. Die Hauptabteilung II fuhr fort, es seien „Aktivitäten des Jihaz Al-Rasd, personifiziert durch ‚Resident‘ bekannt [geworden], die sich gegen das Ansehen der DDR und gegen den Repräsentanten der PLO in der DDR sowie gegen die PLO insgesamt richten. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang, dass ‚Resident‘ innerhalb des Jihaz Al-Rasd der Gruppe zugehörig ist, die mit der irakischen Linie sympathisiert und er seine nachrichtendienstliche Tätigkeit dieser Linie unterordnet. Es ist nicht ausgeschlossen, dass er direkt für den irakischen Geheimdienst oder eine andere, der jetzigen Politik der PLO-Führung entgegenstehende, Organisation arbeitet. [...] Des Weiteren wurde bekannt, dass das ZK der Fatah ‚Resident‘ ausgeschlossen hat. Die konkreten Gründe hierfür sind nicht bekannt, aber es ist nicht ausgeschlossen, dass dies auf eigenen Wunsch [...] oder aufgrund der Zusammenarbeit mit dem MfS erfolgte.“⁶²

Diese „gegen das Ansehen der DDR und gegen den Repräsentanten der PLO in der DDR“ gerichteten Aktivitäten standen unter anderem in Zusammenhang mit der Zugehörigkeit des Ost-Berliner Al-Rasd-Residenten zur erwähnten West-Berliner Gruppe, die wiederum einen Mord an einem Palästinenser plante, der Kenntnis von terroristischen Anschlägen und anderweitigen Straftaten besaß,

⁵⁷ Vgl. BStU, MfS, ZAIG, 14707, Bericht, Oktober 1973, Bl. 57–63. Zu den Strukturen vgl. BStU, MfS, ZAIG, 14707, Bericht, 30. 04. 1973, Bl. 119–136.

⁵⁸ So BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 24. 04. 1975, Bl. 514.

⁵⁹ Vgl. BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 05. 08. 1975, Bl. 442.

⁶⁰ So ebd.

⁶¹ Vgl. ebd., Bl. 442–445. Vgl. auch die Werbung des IM „Ahmad“ in: BStU, MfS, AIM, 9326/80, Bd. 1/1 u. 2/2.

⁶² So BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 05. 08. 1975, Bl. 446.

durch die Hauptabteilung XX des MfS „übergeworben“ werden sollte und gerade deshalb – aus palästinensischer Sicht – zu „liquidieren“ war⁶³. Außerdem sei „Resident“ dafür verantwortlich, dass die palästinensischen Studenten in der DDR den Ost-Berliner PLO-Vertreter mehrheitlich ablehnten und „gegen ihn eingestellt“ seien⁶⁴.

Das Fazit der Staatssicherheit im Sommer 1975 lautete, dass es nicht ausreichte, eine Vereinbarung mit *der* PLO zu schließen oder mit Arafat als Vorsitzenden des Exekutivkomitees zu sprechen, da es Organisationen gab, auf die er keinen Einfluss nehmen konnte, die aber von der DDR aus terroristische Gewalttaten im „Operationsgebiet“, also in der Bundesrepublik und West-Berlin, planten⁶⁵. Und auch die Fatah ging, wie jede andere palästinensische Gruppe, selbstständig vor und arbeitete, ohne sich mit einer ostdeutschen Stelle zu koordinieren⁶⁶. Jenseits der SED-Vereinbarung mit der PLO gab es also Netzwerke von Palästinensern, die unabhängig voneinander existierten und gegeneinander vorgingen. Sie wurden nicht vom Ost-Berliner PLO-Büro oder dem palästinensischen Exekutivkomitee kontrolliert, ganz im Gegenteil. Ihr Handeln folgte der Leitung der jeweiligen Organisation. Die arabischen Staaten beförderten nicht nur die Konflikte in der PLO, sondern insbesondere die Fatah war Versuchen ausgesetzt, ihre politischen Flügel weiter auseinanderzuzuidivieren, um Arafats Macht insgesamt einzuschränken⁶⁷. All diese innerpalästinensischen und arabisch-palästinensischen Dynamiken traten auch in der DDR auf. Deshalb musste das Ministerium für Staatssicherheit von Beginn an – trotz der propagierten freundschaftlichen Verbundenheit und „antiimperialistischen“ Kampfgemeinschaft zwischen der PLO und der SED – regulierend einschreiten⁶⁸.

Der erste hochrangige Politiker der Palästinensischen Befreiungsorganisation, der nach Arafat die DDR aufsuchte, war der Vorsitzende der PFLP, George Habache. Er wurde im Februar 1974 vom ZK der SED, vom Solidaritätskomitee und vom Auslandsgeheimdienst der DDR empfangen⁶⁹. Zum damaligen Zeitpunkt galt Habache, neben Wadih Haddad, dem Anführer der 1973 entstandenen PFLP-SO, als Hauptverantwortlicher für schwere Gewaltverbrechen, die im Namen seiner Organisation unter anderem in Westeuropa, der Bundesrepublik und Israel

⁶³ So ebd., Bl. 447f.

⁶⁴ So ebd., Bl. 448. Zur Person des PLO-Vertreters in der DDR siehe S. 141-145.

⁶⁵ Vgl. BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 05. 08. 1975, Bl. 442-449.

⁶⁶ Vgl. ebd.

⁶⁷ Vgl. Rubin, *Revolution*, S. 124f.; Ma'oz/Sela, *PLO*, S. 99f.; Ma'oz/Yaniv, *On a Short Leash*, S. 191-202; Kurz, *Fatah*, S. 79-90. Im Januar 1976 hatte das MfS mind. 83 Palästinenser sowie Staatsbürger diverser arabischer Länder in einer Übersicht mit dem Titel: „Personen, die im Zusammenhang mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation, ihr nahestehenden Organisationen bzw. von ihnen durchgeführten terroristischen Aktionen bekannt wurden“ erfasst. Gespeichert wurden neben persönlichen Angaben weitere Erkenntnisse, sodass dieses Dokument Grundlage der Fahndung u. Gefährdungseinschätzung gewesen ist, vgl. BStU, MfS, HA II, 32879, Übersicht, Januar 1976, Bl. 3-24.

⁶⁸ Vgl. *Meining*, *Kommunistische Judenpolitik*, S. 333f.

⁶⁹ Vgl. BStU, MfS, HA PS, 1255, Bericht, 28. 02. 1974, Bl. 21-36; BArch, DZ 8/178, Information, 11. 02. 1974; BArch, DZ 8/178, Programm zum Aufenthalt der Delegation der PLO, 14. 02. 1974; BStU, MfS, HA II, 18652, Bericht, 18. 02. 1974, Bl. 514-520.

verübt worden waren⁷⁰. Aber nicht nur Habache forderte in Ost-Berlin direkte Beziehungen zum ZK der SED, auch das Ministerium für Staatssicherheit wollte – gerade weil die PFLP eine der aktivsten terroristischen palästinensischen Vereinigungen der Zeit war – den Kontakt zu ihm herstellen⁷¹.

Das Interesse des MfS an einer Kooperation rührte vor allem daher, dass die PFLP Anfang der 1970er Jahre in Ost- und West-Berlin ein weitläufiges Netzwerk aufgebaut hatte. Die Existenz dieser Zelle ließ Erich Mielke eine inoffiziell-nachrichtendienstliche Verbindung zum Vorsitzenden dieser palästinensischen Organisation suchen, denn die Mitglieder, Unterstützer und Sympathisanten der PFLP, die bis zum Ende des SED-Staates in Berlin agierten, lebten im Westen und Osten der Stadt, trafen und koordinierten sich allerdings zumeist östlich der Mauer⁷². Das Reisen innerhalb Berlins war für sie wie für jeden Ausländer beziehungsweise Bürger des westlichen Teils der Stadt möglich. Gemäß der Vier-Mächte-Verantwortung für ganz Berlin waren bei Ein- oder Ausreise von oder nach Westen an den innerstädtischen Sektorengrenzen keine regulären Grenzkontrollen vorgesehen, zumal Staatenlose oder ausländische Bürger erst ab dem 1. Januar 1977 ein Einreisevisum benötigten, wenn sie aus West- nach Ost-Berlin gelangen wollten⁷³. Ob das Gespräch der HV A mit Habache einen Einfluss auf die Intensität der Arbeit der PFLP in Berlin hatte, ist im Detail schwierig nachzuvollziehen. Zumindest beabsichtigte die Zelle im März 1974 – wenige Tage nach dem Besuch Habaches –, Tanklager in West-Berlin zur Explosion zu bringen⁷⁴.

Hinter der Fassade der offiziellen PLO-Politik Honeckers verbargen sich mithin zwei veritable Gefahren: die von palästinensischen Gruppen in Ost-Berlin geplanten antiwestlichen Gewalttaten sowie das öffentlich wahrnehmbare Ausbrechen von Machtkämpfen, hauptsächlich ausgetragen zwischen der Fatah, der PFLP, der DFLP, der PFLP-GC und der Saiqa, beeinflusst von Syrien, Irak, Saudi-Arabien, Libyen und Israel. Aus diesem Grund war das Ministerium für Staatssicherheit auch die maßgeblich gestaltende, koordinierende und umsetzende Instanz der nichtöffentlichen PLO-Politik des SED-Staates. Diese Ebene der ostdeutsch-palästinensischen Beziehungen blieb hingegen sowohl der Bevölkerung der DDR als auch amtlichen Stellen – mit Ausnahme des MfS – zumeist verborgen.

⁷⁰ Vgl. Merari/Elad, *Terrorism*, S. 15–21; Skelton-Robinson, *Linksterrorismus*, S. 835–870, 894–898; Sayigh, *Struggle*, S. 213–215, 230–234, 256–258, 305; Nassar, *Palestine Liberation Organization*, S. 88–90; Cobban, *Palestinian Liberation Organisation*, S. 140–147.

⁷¹ Vgl. BStU, MfS, HA II, 18652, Bericht, 18. 02. 1974, Bl. 514–520. Zur PFLP vgl. Merari/Elad, *Terrorism*, S. 21–36.

⁷² Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 2/1, Bericht des IM „Alfredo“, 16. 12. 1974, Bl. 109f.; BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht des IM „Mischa“, 19. 03. 1976, Bl. 301; BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 18. 08. 1975, Bl. 431–437; BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht des IM „Ahmad“, 01. 03. 1976, Bl. 302; BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht des IM „Mischa“, 10. 12. 1975, Bl. 375; BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 24. 04. 1975, Bl. 511–514; BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 01. 05. 1975, Bl. 495f.; BStU, MfS, ZAIG, 14707, Schreiben der HA II an Bruno Beater, 02. 05. 1973, Bl. 117.

⁷³ U. a. war es deshalb möglich, auf dem DDR-Flughafen Berlin-Schönefeld in die Stadt einzureisen u. mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach West-Berlin weiterzufahren, vgl. Hendry/Wood, *Legal Status*, S. 56–173, 236–248, 281–308; Wettig, *Statusprobleme*, S. 2–37; Schiedermaier, *Status Berlins*, S. 4–18; Alisch, *Insel*, S. 219–221, 245–281.

⁷⁴ Vgl. BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 1, Operativ-Information, 18. 05. 1979, Bl. 54.

Für Erich Mielke bedeutete dies eine zusätzliche Herausforderung bei der Bekämpfung von Spionage. Die Abwehr der „Feindtätigkeit“ einreisender Bürger anderer Länder, beispielsweise in Form der „politisch-ideologischen Diversion“, der versuchten „Schädigung der Volkswirtschaft“ oder des Aufbaus von „Stützpunkten“ unter der Bevölkerung, zählte im Selbstverständnis der Staatssicherheit zum Kernbereich des ihr von der Partei übertragenen Kampfauftrages⁷⁵. Insbesondere nach der Regelung der deutsch-deutschen Beziehungen und der internationalen Anerkennung der DDR gehörte es zur „Abwehrarbeit“ der zuständigen Hauptabteilung II des MfS, akkreditierte westliche Korrespondenten, Diplomaten und Vertreter ausländischer Firmen, die sich im Land aufhielten, zu überwachen; dies galt ebenso für ausländische Studenten, Gastarbeiter und anderweitig kurz oder mittelfristig in der DDR lebende Personen⁷⁶.

In Bezug auf die Palästinenser und arabischen Staatsbürger musste aber nicht allein eine ideologische „Diversion“ in der DDR-Gesellschaft verhindert, sondern auch eine politische Konfrontation und Auseinandersetzung verfeindeter Lager, sowohl palästinensisch-palästinensischer als auch arabisch-arabischer sowie palästinensisch-arabischer Art, vereitelt werden. Für das MfS stand dabei zumeist fest, dass ein erheblicher Anteil der einreisenden Palästinenser geheimdienstlich arbeitete⁷⁷. Zugleich rekrutierte die Hauptabteilung II sowie der Auslandsgeheimdienst der DDR aus dem Kreis der Araber, die zwischen Ost- und West-Berlin pendelten, neue Quellen für die Spionage und „operative Arbeit“ des MfS⁷⁸. Bekanntschaften zwischen Arabern in Ost- und West-Berlin hatten in der Mehrzahl banale Hintergründe. Beispielsweise gab es für einen gläubigen Muslim in der DDR keine Möglichkeit, eine Moschee aufzusuchen. Daher reisten entweder täglich oder an Freitagen im Osten Berlins lebende Muslime in den Westen und nahmen an den Gottesdiensten der dortigen islamischen Gemeinden teil⁷⁹.

Die Maßnahmen der Hauptabteilung II, die auf die Verhinderung öffentlich wahrnehmbarer Auseinandersetzungen zwischen Arabern und Palästinensern sowie des Schmuggels, der Spionage, der „Stützpunktbildung“ oder anderweitiger „Feindtätigkeit“ von Palästinensern zielten, waren von der übergeordneten parteioffiziellen Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf diktiert. Denn aufgrund der Freundschaft zwischen der DDR und der PLO wurden kriminelle Handlungen anders geahndet als bei ostdeutschen Bürgern. Oftmals verfolgte man sie weniger streng oder duldeten sie, wobei die Entscheidung, was man duldeten oder nicht duldeten, das Ergebnis einer einzelfallbezogenen Abwägung war.

⁷⁵ Vgl. Labrenz-Weiß, Hauptabteilung II, S. 3f. Vgl. auch dies., Feindliche Zentren, S. 189–201; Gieseke, Stasi, S. 232–238. Zu den Begriffen vgl. Suckut, Wörterbuch, S. 303f., 358.

⁷⁶ Vgl. Gieseke, Stasi, S. 86–94, 232–238; Labrenz-Weiß, Hauptabteilung II, S. 5f., 13f., 20–22, 48–62, 70f.

⁷⁷ Vgl. u. a. BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 05. 08. 1975, Bl. 444–449.

⁷⁸ Zur „West-Arbeit“ des MfS bzw. der IM-Arbeit der HA II u. der HV A vgl. Labrenz-Weiß, Hauptabteilung II, S. 6–30, 64–69; Gieseke, Stasi, S. 209–247; Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A; Knabe, West-Arbeit.

⁷⁹ Vgl. dazu u. a. die Ausführungen des MAH im Zusammenhang mit dem angestrebten Verkauf von 600 Studienplätzen an die Islamische Republik Iran 1984 in: SAPMO-BArch, DY 3023/1001, Vorlage, 13. 06. 1984, Bl. 287.

Diese hing davon ab, ob „operative Interessen“ der Staatssicherheit für oder gegen ein Intervenieren sprachen⁸⁰. Das Einschreiten des MfS stellte immer einen politisch sensiblen Vorgang dar, der implizierte, dass man in innerpalästinensischen und innerarabischen Auseinandersetzungen Position bezog. Um das politisch nicht gewollte, offensive Intervenieren zu vermeiden, musste das MfS die palästinensisch-arabische Szene in der DDR beziehungsweise Berlin massiv mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) aufklären. Mielkes Ministerium erhielt dadurch authentische Informationen und sicherte sich zugleich Einflussmöglichkeiten auf den Prozess der Entscheidungsfindung innerhalb der einzelnen Gruppen.

Das MfS betonte noch im Oktober 1988: „Für uns, auf der Ausländer-Linie [...], ist die IM-Arbeit Lebens- und Existenzfrage, es gibt für uns keine Alternative zur IM-Arbeit.“⁸¹ Eine Aktennotiz, die ebenfalls vom Oktober des Jahres 1988 stammt, verdeutlicht hingegen das Problem des MfS bei der Arbeit mit palästinensischen Inoffiziellen Mitarbeitern in den 1970er und 1980er Jahren. Die offizielle Verbindungsperson zwischen der Botschaft der PLO und dem MfS erklärte der Hauptabteilung II: „Die Gewinnung von Palästinensern für eine inoffizielle Zusammenarbeit mit dem MfS ist vonseiten der PLO nicht erwünscht, was aber nicht heißt, dass Einwände gegen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbeamten des MfS und der PLO geltend gemacht werden.“⁸² Die Staatssicherheit ging also auf dem Territorium der DDR gegen Palästinenser vor, arbeitete dabei jedoch zumeist inoffiziell und nicht offensiv und rekrutierte IM ohne Zustimmung der PLO/Fatah.

Am Beispiel der PFLP-Zelle kann man die besondere Gefahr der palästinensisch-arabischen Szene für die Spionageabwehr der Hauptabteilung II, die von Mitgliedern anderer Befreiungsorganisationen, wie beispielsweise den Studenten des ANC oder der SWAPO, nicht ausging, nachvollziehen: Erich Mielke ließ die PFLP exakt beobachten und die erkannten Strukturen durch IM oder „operative Maßnahmen“ unterwandern⁸³. Das Verhindern von geplanten Straftaten, die Ein-

⁸⁰ Zur Funktion des Rechts im Kommunismus sowie zum Selbstbild des MfS u. seiner strafprozessualen Sonderstellung vgl. Marxen, *Recht*, S. 17f.; Böckenförde, *Rechtsauffassung*, S. 15, 20-38, 52, 85, 89; Wunschik, *Terrorismus*; GBl., 1968, I, Nr. 2, *Strafprozessordnung (StPO) der DDR*, 12. 01. 1968, S. 49-96.

⁸¹ So BStU, MfS, HA II, 18682, Vortrag, 13./14. 10. 1988, Bl. 390.

⁸² So BStU, MfS, HA II, 18682, Vermerk, 11. 11. 1988, Bl. 182 (Hervorhebung im Original).

⁸³ Das MfS warb u. a. im Oktober 1974 gezielt den Palästinenser Ahmad Hazam an, der fortan als IM „Alfredo“ über die von der PFLP-Zelle geplanten Fluchten von DDR-Bürgern berichtete. Hazam gehörte in der Folge zu den wertvollsten Quellen des MfS in der gesamten palästinensisch-arabischen Szene Ost- u. West-Berlins. Für „Alfredo“ wandte die Staatssicherheit bis 1989 Mittel in Höhe von rd. 300 000 Mark auf. Dies entspricht durchschnittlich mind. 1300 Mark pro Monat, vgl. dazu die Belege u. Quittungen in: BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 3/1. Vgl. auch BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 1/1, Vermerk, 21. 10. 1974, Bl. 7. Das MfS verfügte außerdem ab September 1974 mit IM „Wolf“ über eine weitere Top-Quelle im Umfeld der PFLP. Die IM-Akten dieses Informanten, der ebenfalls bis 1989 geführt wurde, sind 1989 in weiten Teilen vernichtet worden. Berichte von „Wolf“, die Auskunft über seinen Wert als IM geben, sind allerdings in Zweitablagen erhalten. Zum Beginn der Aktenführung vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 5618/91, Bd. 1/1, Datumsangabe des Beginns „05. 09. 1974“ laut Stempel auf dem Einband. Zum Gesamtumfang vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 5618/91, Bd. 1/1, 1/2, 2/1, 2/2, 2/3 u. 2/4.

leitung einer Strafverfolgung und das Durchsetzen von DDR-Recht unterblieb vonseiten des MfS allerdings zumeist – außer wenn es aus politischen Gründen gewollt und eine Diskreditierung der DDR auszuschließen war beziehungsweise der „staatsfeindliche Menschenschmuggel“ sowie erkannte größere Devisenvergehen unterbunden werden mussten⁸⁴. In diesen Fällen verhängte die Staatssicherheit Einreiseperrnen gegen bestimmte Personen und zeigte mit derartigen Maßnahmen, dass Gruppen, beispielsweise die PFLP, die „Solidarität“ der DDR missbraucht hatten. Wollte die PFLP oder eine andere palästinensische Organisation allerdings in Ost-Berlin präsent sein und sich damit praktisch auch leicht Zugang nach West-Berlin verschaffen, war sie mindestens auf eine Duldung und passive Unterstützung seitens der Staatssicherheit angewiesen. Um aber geduldet zu werden, war den Interessen der SED Rechnung zu tragen, gleichgültig, ob es um „Ausschleusungen“, innerpalästinensische Kämpfe oder terroristische Anschläge ging, die im Westen ausgeführt, aber im Osten geplant wurden. Grundsätzlich galt die noch Ende 1988 gültige Regel: „Uns [das Ministerium für Staatssicherheit] interessiert nicht der Schmuggel an sich – die unter Ausländern in der Tat vertretene Form von Straftaten –, sondern die Nutzung solcher Taten/Personen im begründeten Fall für unsere Zielstellungen und Hauptaufgaben.“⁸⁵

Trotz der im Vergleich zum ANC und der PAIGC problematischeren Struktur der Palästinensischen Befreiungsorganisation sah die SED-Vereinbarung mit der PLO finanzielle Unterstützung in einem ungewöhnlich großen Umfang vor. Und nur im Falle der PLO wurde seitens der SED schriftlich garantiert, „nichtzivile Güter“ zu liefern. 1973/74 erhielt die Palästinensische Befreiungsorganisation mit rund 8,5 Millionen Mark sogar deutlich mehr als die vereinbarten zwei Millionen⁸⁶. Der ANC wurde im selben Jahr mit nur einer Million Mark gefördert, die SWAPO mit rund 650 000 Mark⁸⁷. Damit erhielt die PLO erneut wesentlich mehr Solidaritätsleistungen als andere Befreiungsorganisationen, mit denen klarere und festere politische Kontakte bestanden. Waffen und Munition stellte die DDR auch dem ANC, der PAIGC oder der FRELIMO zur Verfügung, jedoch ohne dies explizit in Abkommen festzuhalten⁸⁸.

⁸⁴ Anlässlich staatlicher Feiertage, größerer Veranstaltungen o. von Parteitagen ging das MfS in der Regel gegen erkannte Straftäter, die Staatsangehörige arabischer Länder bzw. Palästinenser waren, vor. Ansonsten duldete die Staatssicherheit u. a. die Einreise mit gefälschten Pässen, Waffen u. Munition. Außerdem ließ es das MfS bewusst zu, dass unrechtmäßig diplomatische Dokumente verwandt u. Immunität beansprucht wurde, vgl. BStU, MfS, ZAIG, 14707, Schreiben der HA II an Bruno Beater, 02. 05. 1973, Bl. 117; BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 12. 02. 1976, Bl. 308f. Vgl. auch Wunschik, Terrorismus; Gieseke, Stasi, S. 245f.; Schroeder/Staadt, Feindwärts der Mauer.

⁸⁵ So BStU, MfS, HA II, 18682, Vortrag, 13./14. 10. 1988, Bl. 374.

⁸⁶ Vgl. BArch, DZ 8/602, Bericht, 17. 01. 1984; BArch, DZ 8/33, Bericht, 18. 09. 1973.

⁸⁷ Vgl. BArch, DZ 8/552, Einschätzung über Solidaritätsleistungen gegenüber SWAPO-Namibia, 23. 01. 1984; BArch, DZ 8/33, Überblick über die finanzielle u. materielle Unterstützung für den ANC, o. D.

⁸⁸ Storkmann, Solidarität, S. 81, gibt an, die FRELIMO habe 1974 „nichtzivile Güter“ im Wert von 2,5 Mio. Mark erhalten. Zu den Abkommen vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/145, Vereinbarung zwischen dem ZK der SED u. dem Obersten Kampfrat der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei Guineas u. der Kapverdischen Inseln, 31. 10. 1972,

2. Die palästinensische Vertretung in der DDR und ihr Status: Ein deutsch-deutscher Vergleich

Einer der wichtigsten Unterschiede zwischen der mit der PLO geschlossenen Vereinbarung und den Anfang der 1970er Jahre von der SED unterzeichneten Parteiabkommen mit dem ANC und der PAIGC bestand darin, dass Arafat zugestanden wurde, ein Büro in Ost-Berlin zu eröffnen. Bis 1978 war die PLO die einzige Befreiungsorganisation, die eine solche Vertretung in der DDR unterhalten durfte⁸⁹. Die von Honecker gebilligte Funktion dieses Büros war zugleich Ausdruck des Dilemmas der SED-Politik: Auf der einen Seite sollte die Repräsentanz das feste, einheitliche und unerschütterliche Bild *der* PLO symbolisieren, die die uneingeschränkte, bedingungslose Unterstützung genoss. Auf der anderen Seite reglementierte die Partei- und Staatsführung der DDR sehr genau, was diese Vertretung durfte und was ihr verboten war. Ost-Berlin bemühte sich auf diese Weise zu verhindern, dass die erkannten innerpalästinensischen und palästinensisch-arabischen Konflikte öffentlich eskalierten: „Im Interesse des Sicherheitsbedürfnisses der DDR ergibt sich aus der Existenz der PLO-Vertretung in Berlin die Notwendigkeit, die von der PLO ausgehenden Aktivitäten, die sowohl den inneren Bereich der DDR betreffen, als auch im Ausland wirksam werden, unter dem Gesichtspunkt unter Kontrolle zu halten, dass aus den Aktivitäten der PLO-Vertretung keine politischen oder sachlichen Schäden nationalen oder internationalen Charakters für die DDR oder andere sozialistische Staaten entstehen. Dabei ist besonders darauf zu achten, dass die Tätigkeit der PLO-Vertretung im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen verläuft und alle Abweichungen rechtzeitig festgestellt werden“, so hielt es das MfS im Herbst 1973 fest⁹⁰. Die Besonderheiten der PLO machten auch in Bezug auf deren Büro in der DDR Anpassungen erforderlich. Das betraf zunächst seinen Status.

Honeckers „Akkreditierung“ der PLO

Im Februar 1975 gab das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten dem japanischen Botschafter in der DDR die von ihm erbetenen Informationen über die Ost-Berliner PLO-Vertretung⁹¹. Die ostdeutschen Diplomaten erklärten, „dass

Bl. 1-3; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/147, Vereinbarung zwischen dem ZK der SED u. dem Exekutivkomitee des ANC Südafrikas, 09. 11. 1972, Bl. 65f.

⁸⁹ Zu den späteren Vertretungen der SWAPO, des ANC u. der ZAPU vgl. Erklärung des Solidaritätskomitees der DDR: Verbundenheit mit dem Kampf des Volkes von Simbabwe, in: ND, 17. 03. 1978, S. 6; Vertretung der SWAPO in unserer Republik eröffnet, in: ND, 14./15. 10. 1978, S. 1; ANC eröffnet Vertretung in der Hauptstadt, in: ND, 21. 11. 1978, S. 1; Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 467; SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1729, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 06. 06. 1978, Bl. 13; BArch, DZ 8/216, Schreiben des Solidaritätskomitees an das Dienstleistungsamt für ausländische Vertretungen, 27. 06. 1978; BArch, DZ 8/212, Schreiben des Solidaritätskomitees an das Dienstleistungsamt für ausländische Vertretungen, 22. 02. 1978.

⁹⁰ So BStU, MfS, ZAIG, 14707, Bericht, o. D., ca. Oktober 1973, Bl. 95. Vgl. auch Meinung, Kommunistische Judenpolitik, S. 333f.

⁹¹ So PA-AA, Bestand MfAA, B 5.623, Vermerk, 07. 02. 1975.

1973 noch keine Kontakte zwischen der Regierung der DDR und der PLO bestanden. Es gebe auch keinen Wortlaut einer Vereinbarung. Bei der Vereinbarung handele es sich um ein ‚Gentleman-agreement‘ [sic!]. Auch später wurde keine Vereinbarung auf Regierungsebene abgeschlossen. Das Büro sei dem Nationalrat der Nationalen Front zugeordnet. Eine Akkreditierung gebe es nicht. Der Nationalrat werde jedoch bei personellen Veränderungen konsultiert. Eventuelle Einladungen u. a. Aktivitäten werden über diese Institution realisiert. Das Büro, das nur aus einem Palästinenser bestehe, sehe als eine seiner Hauptaufgaben die Betreuung der in der DDR lebenden Palästinenser an. Konsularische Aufgaben habe das Büro nicht.“⁹²

Das MfAA gab der japanischen Regierung somit zu verstehen, dass Arafats Büro in Ost-Berlin keinerlei offizielle politische Bedeutung besaß. De jure existierte es auf exakt derselben Grundlage wie jedes andere halbdiplomatische Büro der Palästinensischen Befreiungsorganisation zur damaligen Zeit in Westeuropa⁹³. Da 1973 kein Regierungsabkommen zwischen der DDR und der PLO unterzeichnet worden war, sondern lediglich die SED eine Parteibeziehung vereinbart hatte, waren diesem Büro keine Sonderrechte zuerkannt worden. Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und der PLO-Vertreter standen auch nicht in offiziellem Kontakt. Diese Rechtsauffassung hatte zur Folge, dass selbst die Gespräche mit Angehörigen der Palästinensischen Befreiungsorganisation, die im Ausland stattfanden, meist von den Parteisekretären und nicht den Mitarbeitern eines Ministeriums der DDR geführt wurden und bis März 1978 kein Botschafter offizielle Beziehungen mit einem Funktionär der PLO unterhielt⁹⁴. Jenseits der schwarz-weiß gehaltenen Freundschafts- und Solidaritätsadressen differenzierte Honecker sehr wohl – und zwar penibel – die Art und Weise des politischen Zugangs zur PLO und des Umgangs mit ihr. Er versuchte, eine außenpolitisch-diplomatische Bedeutung des Büros zu kaschieren, obwohl in der Propaganda die vollständige und uneingeschränkte ostdeutsche Solidarität mit der PLO nie in Zweifel gezogen wurde.

Laut dem Politbürobeschluss vom 4. September 1973 war auch nicht die SED offiziell für die Vertretung Arafats verantwortlich. Sie war vielmehr, wie es das

⁹² So ebd.

⁹³ Zu den bis Mitte der 1970er Jahre u. a. in Genf, London, Madrid, Rom, Paris, Bonn, Stockholm u. Brüssel eröffneten PLO-Büros vgl. AdR, BMfAA, Sektion II-pol 17, GZ 88.19.14/41-II/77, Schreiben der Botschaft Brüssel an das BMfAA, 11.05.1977; PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Vermerk, 24.05.1976; UMA, 7D2, Lähi-idän kysymys, Note des PLO-Büros Stockholm, 01.12.1975; François-Poncet, Quai d’Orsay, S. 183; Rondot, France, S. 92; Terrenoire, De Gaulle, S. 104; Angaben der Diplomatischen Mission Palästinas in Spanien, www.embajadapalestina.es (28.01.2013). Vgl. auch Frangi in: www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/1590855/ (30.10.2011).

⁹⁴ Im Vermerk über das erste Treffen des stellv. Leiters der Politischen Abteilung der PLO, Said Kamal, mit einem DDR-Botschafter, am 14.03.1978, fast fünf Jahre nachdem die PLO in Ost-Berlin ein Büro eröffnen durfte u. – protokollarisch korrekt – drei Tage nach Unterzeichnung der ersten Vereinbarung zwischen dem MfAA u. dem Exekutivkomitee der PLO, heißt es: „Kamal begrüßte das Zusammentreffen mit dem Botschafter der DDR und brachte sein Interesse an einem regelmäßigen Gedankenaustausch zum Ausdruck“, so PA-AA, Bestand MfAA, B 5.622, Schreiben der Botschaft Kairo an das MfAA, 16.03.1978.

MfAA gegenüber dem japanischen Botschafter ausdrückte, dem Nationalrat „zugeordnet“, wobei die Arbeit des Nationalrates direkt von der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED angeleitet wurde⁹⁵. Der Nationalrat der Nationalen Front war formal eine unabhängige, tatsächlich aber der SED unterstehende Organisation, deren Hauptzweck in der politisch-ideologischen Mobilisierung der Gesellschaft und der Wahlvorbereitung bestand; er nahm also klassisch innenpolitische und keine außenpolitischen Aufgaben wahr⁹⁶. In einem Vermerk des Nationalrates über die durch das ZK erteilten „Hinweise“ zur Tätigkeit des PLO-Büros heißt es: „Ziel der Errichtung des Büros [der PLO] ist es, dass die Arbeit des Büros nur auf die DDR beschränkt wird. In erster Linie soll mit den in der DDR anwesenden palästinensischen Studenten gearbeitet werden. [...] Es erfolgt keine offizielle Akkreditierung mit einer Beglaubigung. Ein Besuch beim Gen. Kirchhoff [Werner Kirchhoff, Vizepräsident des Nationalrates der Nationalen Front] gilt gleichzeitig als Akkreditierung des Büros. Die Zusammenarbeit mit dem Büro hat streng vertraulich zu erfolgen und nur möglichst wenige Personen sollen in die Arbeit einbezogen werden. [...] Alle Kontakte, die das Büro betreffen, wie z. B. Gesprächsvermittlung, Übermittlung von Einladungen etc. erfolgen über den Nationalrat in enger Absprache mit der Abteilung Internationale Verbindungen beim ZK der SED. Diese Absprache erfolgt auch bei den kleinsten Details der Zusammenarbeit, wie z. B. der Beschaffung von Möbeln, Krankenhausbesuchen etc.“⁹⁷

Mit der Involvierung des Nationalrates sorgte das Politbüro dafür, dass eine Instanz zwischen der PLO und anderen ostdeutschen Stellen vorgeschaltet wurde. Damit nahm Honecker Arafats Vertretung in Ost-Berlin jeden amtlich-protokollarisch möglichen Rang, nachdem dieses Büro bereits weder staatlicherseits noch durch die Partei anerkannt worden war. Selbst die sogenannte Akkreditierung der Palästinensischen Befreiungsorganisation beim Nationalrat der Nationalen Front wurde nicht von dessen Präsidenten, sondern seinem Stellvertreter vorgenommen, wie das MfAA der japanischen Regierung erklärte.

Dem Nationalrat unterstanden formal in Bezug auf die Beziehungen mit der PLO beispielsweise das Solidaritätskomitee, der FDGB, das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, das Ministerium für Gesundheitswesen und das Ministerium für Außenhandel⁹⁸. Nicht allein die PLO, sondern auch die beteiligten ostdeutschen Partner umgingen jedoch den Nationalrat. Dessen Fazit war nach rund 18 Monaten eindeutig: „Die Erfahrung der letzten 1½ Jahre haben ergeben, dass der Nationalrat der Nationalen Front bei dem gegenwärtigen Stand der Zusammenarbeit nicht in der Lage ist, den zuständigen Stellen einen ausreichenden Überblick über die Zusammenarbeit zwischen dem PLO-Büro und den staat-

⁹⁵ So SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1466, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 04. 09. 1973, Bl. 28.

⁹⁶ Zum Hintergrund des Nationalrates der Nationalen Front vgl. Autorenkollektiv, Organisationen in der DDR, S. 126-133; Henkel, Staatspartei, S. 104-113; Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 722-729.

⁹⁷ So SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 2721, Vermerk, 18. 09. 1973. Vgl. auch Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 333.

⁹⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 2721, Vermerk, 14. 02. 1975.

lichen und gesellschaftlichen Gremien sowie über auftretende Probleme zu geben.“⁹⁹ Offensichtlich achtete nur das MfAA darauf, keine Regierungskontakte mit der PLO zu pflegen. Andere Ministerien waren im Umgang mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation weniger streng. Gleichwohl bedeutete der direkte Verkehr zwischen dem PLO-Büro und einzelnen Akteuren in der DDR keine Stuserhöhung und regierungsseitige Anerkennung der Vertretung Arafats, denn die SED legte Wert darauf, die Funktion des Nationalrates bis 1978 unverändert beizubehalten¹⁰⁰.

Aber auch das ZK führte mit dem Büro der Palästinensischen Befreiungsorganisation keine kontinuierlichen Beratungen und Konsultationen durch oder verließ der gemeinsamen politischen Arbeit Impulse. Die SED kooperierte in politischen Fragen weder selbst noch über den Nationalrat mit dem Repräsentanten der PLO in Ost-Berlin. Aus diesem Grund beschränkten sich die Kontakte, die die DDR ab Sommer 1973 mit der Vertretung der Palästinensischen Befreiungsorganisation unterhielt, auf rein administrative Fragen. Zu klären waren etwa die Übergabe und Verwendung der Solidaritätshilfen. Auch bezahlte der Nationalrat die Kosten des PLO-Büros, jährlich rund 250 000 Mark, und nahm die „Eingaben und Wünsche“ des Stellvertreters Jassir Arafats in der DDR entgegen¹⁰¹. Diese Anliegen wurden vom Nationalrat sämtlich in einem Heft protokolliert und bezogen sich ebenfalls ausschließlich auf organisatorische Dinge. Zwischen dem 22. April 1974 und dem 21. März 1978 summierten sich diese Anliegen auf insgesamt 74 und damit auf weniger als 1,5 „Wünsche“ pro Monat, oder anders gesagt: Der offiziell von der SED benannte Ansprechpartner der PLO hielt alle sechs bis acht Wochen Gespräche mit Arafats Büroleiter in Ost-Berlin ab, um Verwaltungsfragen zu klären¹⁰².

Dass das Personal der PLO-Vertretung bis 1975 praktisch nur aus einem Palästinenser bestand und bis 1978 maximal drei Mitarbeiter dort beschäftigt waren, macht zudem deutlich, dass eine umfassende politische Arbeit mit der Parteiführung der SED ebenso wie eine öffentliche Darstellung und Diskussion der palästinensischen Anliegen in der DDR schwer möglich war. Auch Arafat beschränkte mit der Entsendung nur eines Mitarbeiters seinerseits das Maß der von ihm gesuchten politischen Kooperation¹⁰³.

⁹⁹ So ebd.

¹⁰⁰ Für die Büros der SWAPO, ZANU u. des ANC war ab 1978 das Solidaritätskomitee zuständig; somit ging man hier anders als bei der PLO vor, für die seit 1973 der Nationalrat der Nationalen Front Verantwortung trug, vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1729, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 06.06.1978, Bl. 13; BArch, DZ 8/216, Schreiben des Solidaritätskomitees an das Dienstleistungsamt für ausländische Vertretungen, 27.06.1978; BArch, DZ 8/212, Schreiben des Solidaritätskomitees an das Dienstleistungsamt für ausländische Vertretungen, 22.02.1978.

¹⁰¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 2721, Vermerk, 25. 11. 1975.

¹⁰² Vgl. die Unterlagen in: SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 2721.

¹⁰³ Auf Beschluss des Sekretariates des ZK durfte ab Februar 1975 ein zweiter palästinensischer Mitarbeiter seine Tätigkeit aufnehmen, vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/2263, Protokoll der Sitzung des Sekretariates des ZK der SED, 03.02.1975, Bl. 3.

Nabil Koulaïlat: Die PLO/Fatah in Ost-Berlin

Wie der seit 1970 in der DDR lebende Gesandte Arafats, I. A., dem IM „Hans“ alias Klaus Polkehn 1973 erklärte, sei es „der Wunsch“ der ostdeutschen Seite gewesen, dieses Büro nicht mit ihm zu besetzen, weil er „die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der PLO ungünstig beeinflusst“ habe¹⁰⁴. Dies habe Gerhard Grüneberg im Juni 1973 in Beirut Jassir Arafat so deutlich mitgeteilt und Arafat habe „den Wunsch der Parteidelegation ohne große Diskussion akzeptiert, weil er der Meinung [gewesen] sei, es habe wenig Sinn mit der DDR über Personalfragen zu streiten“¹⁰⁵. Zugleich habe sich Arafat mit Erfolg dem Ansinnen der Delegation um Grüneberg entzogen, die einen palästinensischen Studenten der DFLP aus Leipzig als potenziellen Leiter des neuen PLO-Büros „gepriesen“ hätten¹⁰⁶. Tatsächlich übernahm dieses Amt nicht A. oder ein Vertreter der DFLP, sondern Nabil Koulaïlat. Er war wie I. A. Mitglied der Fatah und gehörte zur „deutschen Gruppe“ – so wie andere wichtige, hohe Funktionäre der Fatah. Bis 1990 hat nur die Fatah die Mitarbeiter der Vertretung, späterhin der Botschaft der PLO in der DDR, gestellt¹⁰⁷.

Koulaïlat hatte seit 1959 in Österreich und in der Bundesrepublik gelebt und von 1961 bis 1969 an der Universität in Gießen studiert; Arafat bestätigte das der SED persönlich¹⁰⁸. Vorgestellt wurde Koulaïlat 1973 weder im „Neuen Deutschland“ noch in der außenpolitischen Zeitschrift „horizont“¹⁰⁹. Obwohl er diesen westdeutschen Hintergrund besaß, sollte Koulaïlat dem ostdeutschen Büro der PLO vorstehen und *die* Palästinensische Befreiungsorganisation in der DDR repräsentieren. Ein bekennender Marxist-Leninist war Nabil Koulaïlat nicht. Ihr Mann habe sich stets, so Frau Koulaïlat, „ehrlich und authentisch“ gegenüber der SED als Nicht-Marxist bekannt und auf die Frage „Bist du Kommunist?“ geantwortet „Ich bin PLO“, denn er habe allein die nationale palästinensische Idee der Fatah und Jassir Arafats vertreten und keine andere politische Ideologie¹¹⁰.

¹⁰⁴ So BStU, MfS, AOP, 16340/76, Bd. 2, Bericht des IM „Hans“, 16. 07. 1973, Bl. 149.

¹⁰⁵ So ebd.

¹⁰⁶ So ebd.

¹⁰⁷ So der Befund nach Auswertung der Unterlagen u. die Feststellung von Frau Om El-Seoud Koulaïlat sowie ihrem Sohn im Gespräch am 05. 11. 2013.

¹⁰⁸ Vgl. BArch, DZ 8/177, Vermerk, 09. 08. 1973. Frau Koulaïlat erklärte am 05. 11. 2013, sie selbst habe die Nachricht der Berufung Nabil Koulaïlats zum Repräsentanten der PLO in der DDR von ihrem Mann nach dessen Rückkehr von den Weltfestspielen erfahren u. im Vorfeld nichts davon gewusst. Nabil Koulaïlat promovierte nach Angaben seiner Familie nach seinem ersten Abschluss in Gießen als Diplom-Agraringenieur. Koulaïlat war seit 1968 Mitglied der Fatah u. von 1969 bis 1974 stellv. Vorsitzender der GUPS, zuständig für Internationale Beziehungen. Polkehn, DDR, S. 37, urteilt, die Besetzung Koulaïlats sei im Sommer 1973 ein Zeichen dafür gewesen, wie viel „Gewicht“ die PLO ihren Kontakten mit der DDR beigemessen habe – ohne zu berücksichtigen o. zu erwähnen, dass Koulaïlat vor 1973 nur in der Bundesrepublik u. nicht der DDR gelebt u. gearbeitet hatte.

¹⁰⁹ Vgl. die jeweilige Berichterstattung in beiden Medien, August bis Dezember 1973.

¹¹⁰ Frau Koulaïlat betonte am 05. 11. 2013 ferner, dass ihr Mann seit Anfang der 1960er Jahre sehr gute Kontakte zu verschiedenen politischen Akteuren in Frankreich, in der Bundesrepublik, in der Schweiz u. in Österreich hatte. Es sei zudem ihr Eindruck gewe-

Man müsse, so der älteste Sohn Nabil Koulaيلات im Gespräch, den Schritt der PLO/Fatah hin zur Eröffnung des Büros in Ost-Berlin 1973 realpolitisch nüchtern sehen. So wie es auch die Vereinigten Staaten trotz diametral unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Ordnungen und des Kalten Krieges als notwendig erachtet hätten, in Moskau diplomatisch vertreten zu sein und mit dem Kreml Kontakte über eine Botschaft zu pflegen, habe sein Vater mit dem sozialistisch regierten Teil Deutschlands gesprochen. Er habe dies aus Zweckmäßigkeit, gewillt, das für die PLO politisch Beste zu erreichen, getan. Und das sei letztlich das Ziel der Diplomatie: trotz unterschiedlicher Interessen und Meinungen miteinander zu reden¹¹¹. Ganz ausdrücklich, so Frau Koulaيلات, sei es der Auftrag ihres Mannes gewesen, in Ost-Berlin zu versuchen, in Kontakt mit Vertretern beziehungsweise Botschaftern westlicher Staaten zu kommen, die nach der Anerkennung der DDR auch dort arbeiteten¹¹².

Bezeichnenderweise stand von Beginn an die Überwachung und Kontrolle der von der Fatah-geführten Vertretung der Palästinensischen Befreiungsorganisation und nicht die Zusammenarbeit und Kooperation mit Arafats Repräsentanten im Vordergrund. Das Ministerium für Staatssicherheit war insofern die maßgeblich verantwortliche Instanz für die PLO, nicht der Nationalrat¹¹³. Das MfS arbeitete auch nicht mit dem Nationalrat zusammen¹¹⁴. Erich Mielke hatte zu gewährleisten, dass Koulaيلات nur tat, was ihm erlaubt wurde, und keinerlei innerpalästinensische oder innerarabische Auseinandersetzungen auftraten. Bereits zur Büroeröffnung hatte die Staatssicherheit „zum eigenen Schutz“ des Vertreters Arafats und seiner Familie eine vollständige Überwachung der Räume der Vertretung mittels Mikrofon und Kamera installiert¹¹⁵. Außerdem wurde die „spezifische Post- und Paketzollfahndung eingeleitet“ und die ihm zur Verfügung gestellten Arbeitskräfte, etwa die Sekretärin, der Fahrer und der Hausmeister, als IM geführt¹¹⁶. Darüber hinaus setzte Mielke „im peripheren Bereich“ Koulaيلات mehrere zusätzliche Inoffizielle Mitarbeiter beziehungsweise sogenannte Offiziere im

sen, dass es innerhalb des ZK der SED bzw. den ostdeutschen Ministerien u. sogenannten gesellschaftlichen Organisationen der DDR sehr starke Gruppen gegeben habe, die ein größeres Engagement gefordert hätten, um gegen die innerpalästinensische Machtstellung der Fatah vorzugehen. Viele der in Ost-Berlin mit palästinensischen Themen betrauten Verantwortlichen seien gegenüber den politischen Überzeugungen der Fatah außerordentlich kritisch eingestellt gewesen.

¹¹¹ So Ziad Koulaيلات im Gespräch am 05. 11. 2013.

¹¹² So Frau Om El-Seoud Koulaيلات am 05. 11. 2013.

¹¹³ Vgl. auch Meining, *Kommunistische Judenpolitik*, S. 333 f.

¹¹⁴ Vgl. SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 2721, Vermerk, 14. 02. 1975.

¹¹⁵ Vgl. BStU, MfS, HA II, 18652, Vermerk, 17. 04. 1974, Bl. 260; BStU, MfS, HA II, 18652, Vermerk, 05. 02. 1974, Bl. 262.

¹¹⁶ Vgl. BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 24. 04. 1975, Bl. 510. 1975 verfassten palästinensische Studenten einen Brief an Jassir Arafat, in dem es – trotz der tatsächlichen gesundheitlichen Probleme Koulaيلاتs durchaus metaphorisch zu verstehen – hieß: „Nabil Koulaيلات ist seit längerer Zeit auf beiden Augen fast blind. Er kann nicht lesen und schlecht sehen und allein keinen Pkw fahren. [...] Aus diesem Grund haben die im PLO-Büro tätigen deutschen Angestellten, sein Sekretär und die Sekretärin, die Geschäfte von Nabil übernommen und er muss machen, was die Deutschen wollen“, so BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 16. 02. 1976, Bl. 307.

besonderen Einsatz ein – so den persönliche Referenten und „5 IM (Araber [...]) zur Aufklärung von Aktivitäten von Palästinensern in der DDR und im Operationsgebiet“¹¹⁷. Insgesamt verfügte die Staatssicherheit damit über mehr als ein Dutzend Quellen, um das Büro Arafats in Ost-Berlin beobachten zu können – das lediglich von einem Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation geleitet wurde.¹¹⁸ Koulailat selbst verpflichtete sich im April 1974, in Abstimmung mit dem ZK der SED und mutmaßlich nach Rücksprache mit der PLO/Fatah, unter dem Decknamen „Patriot“ zur inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS¹¹⁹.

Seitens der Staatssicherheit hieß es nach den ersten zwölf Monaten der Zusammenarbeit mit Koulailat, dass „im Wesentlichen eine Übersicht über die offiziellen und zum Teil inoffiziellen Aktivitäten des ‚Patriot‘ bestehen. So konnte festgestellt werden, dass ‚Patriot‘ den [...] offiziellen Aufgaben des Büros der PLO in der DDR mit unterschiedlicher Intensität nachkommt. Während er Verhandlungen mit Institutionen der DDR auf kommerzieller Ebene korrekt und zielstrebig führt, zeigt sich, dass er in der Einflussnahme auf die politische und gesellschaftliche Entwicklung der palästinensischen Studenten und Praktikanten in der DDR wenig Initiative zeigt.“¹²⁰ Eine „Auswirkung der Inaktivität des ‚Patriot‘ zur genannten Aufgabenstellung“ sei, so die Staatssicherheit weiter, dass „sich eine Spaltung der Studentenbewegung der PLO in der DDR vollzog[en] [habe]. Die Spaltung und die Bemühungen zur Ablösung von ‚Patriot‘ beruhen auf den unterschiedlichsten politischen Strömungen innerhalb der PLO [...]. Entgegen den festgelegten Aufgaben des ‚Patriot‘ entwickelt[e] er im Unterschied zu obengenanntem Sachverhalt große Aktivitäten bei Kontaktaufnahmen von Palästinensern aus der BRD und West-Berlin zum Büro der PLO in der DDR. [...] Des Weiteren organisiert[e] ‚Patriot‘ [...] den Zeitungsvertrieb der offiziellen PLO-Presse in der BRD und West-Berlin. Weiterhin wurde durch die eingeleiteten operativen Sicherungsmaßnahmen bekannt, dass ‚Patriot‘ operativ interessante Kontakte zu Palästinensern in der DDR und im Operationsgebiet unterhält und Zusammenkünfte dieser Personen konspiriert.“¹²¹

Die erkannte „Spaltung der Studentenbewegung der PLO“ in der DDR wurde Anfang Januar 1977 zu einem innenpolitischen Problem, als mehrere Dutzend palästinensische Studenten Koulailats Büro besetzten und „Mordabsichten äußerten, falls der Leiter des Büros [...] nicht unverzüglich von seiner Funktion abgelöst“ werde, da sie ihn nicht als PLO-, sondern nur als Fatah-Vertreter ansahen und Koulailat eine höchst unglaubliche und korrupte Arbeitsweise vorwarfen¹²².

¹¹⁷ So BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 24. 04. 1975, Bl. 510.

¹¹⁸ Der Leiter des Mitte der 1970er Jahre in Moskau eröffneten PLO-Büros klagte im November 1980 gegenüber finnischen Diplomaten, der Kreml erlaube es lediglich fünf Palästinensern, in dieser Vertretung zu arbeiten – während man der PLO 16 sowjetische Bürger als Mitarbeiter quasi aufgezwungen habe, vgl. UMA, 7D2, Lähi-idän kysymys, Vermerk, 20. 11. 1980 (finnischsprachiges Original).

¹¹⁹ Vgl. BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 24. 04. 1975, Bl. 509.

¹²⁰ So ebd., Bl. 510.

¹²¹ So ebd., Bl. 511.

¹²² Vgl. BStU, MfS, ZAIG, 2634, Information, 31. 01. 1977, Bl. 7.

Die SED reagierte auf diese Besetzung rigoros und wies neun beteiligte Palästinenser umgehend aus, darunter mehrere Personen, die bereits 1972 die Bundesrepublik hatten verlassen müssen und danach von der DDR aufgenommen worden waren¹²³. Der Konflikt zwischen den palästinensischen Studenten und Koulailat machte zugleich das Dilemma der PLO-Politik Honeckers deutlich, denn die Vertretung *der* Palästinensischen Befreiungsorganisation in Ost-Berlin wurde von den Palästinensern in der DDR als rein Fatah-geführt angesehen. Studenten der DFLP oder der PFLP warfen Koulailat vor, er sei nicht gewillt, auch sie zu unterstützen oder eine Politik für alle politischen Kräfte der Palästinenser zu betreiben. Weder die SED noch die Fatah konnte verhindern, dass Mitglieder unterschiedlicher palästinensischer Gruppen einreisten. Zwar wurde das Kontingent, das man *der* PLO anbot – zwischen 1974 und 1978 waren das insgesamt 107 Studienplätze –, fast ausschließlich von der Fatah beansprucht¹²⁴. Die absolute Zahl palästinensischer Studenten lag aber deutlich höher. Denn unter den von Syrien, dem Irak, Ägypten, dem Südjemen, Algerien und Libyen in die DDR Delegierten befand sich auch eine Vielzahl Palästinenser, wobei eine exakte statistische Erfassung ihres Anteils nicht existiert¹²⁵. Dennoch bleibt festzuhalten, dass mehr Palästinenser in der DDR studierten als das offiziell zugelassene PLO-Kontingent; diese Personen gehörten jedoch nicht der Fatah an, sondern waren politisch zumeist in Gruppen wie der DFLP, der PFLP, der Saiqa, der PKP oder der PFLP-GC organisiert¹²⁶.

Dies verweist zugleich auf eine zweite Ursache des gewaltsamen Protestes von Palästinensern gegen das PLO-Büro Anfang 1977. Denn das Eindringen in die Vertretung Koulailats war nicht nur Ausdruck des Widerstandes gegen die politische Linie der Fatah, sondern hing auch mit der von der SED übertragenen Zuständigkeit des Büros für *die* palästinensischen Studenten zusammen. Die DDR hatte damit eine juristische Grauzone und vor allem eine politische Konfliktstelle geschaffen. Unbenommen der innerpalästinensischen Rivalität zwischen Angehörigen der verschiedenen Gruppen war nämlich ein Fatah-, DFLP-, PFLP- oder

¹²³ Vgl. ebd., Bl. 5f.

¹²⁴ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 5938/90, Statistik über die Bereitstellung von Studienplätzen für die PLO 1975–1981, o. D. Gemäß Übersichten des Herder-Instituts wurden zwischen 1974 u. 1978 lediglich 20 Palästinenser in Deutsch unterrichtet, um sie auf ihr Studium vorzubereiten, vgl. UAL, Studentenkartei des Herder-Instituts. Zur Monopolisierung dieses Kontingentes durch die Fatah vgl. BArch, DR 3/2. Schicht, B 1544/3d, Aktennotiz, 03.10.1973; BStU, MfS, AIM, 4875/86, Bd. 2/1, Treffbericht KP „Abu Firas“, 14.07.1977, Bl. 11–16; BStU, MfS, AIM, 4875/86, Bd. 1/1, Treffergebnisse IM „Achim“, 02.07.1980, Bl. 310f.

¹²⁵ Vgl. dazu insgesamt die Akten in: BArch, DR 3/2. Schicht, 4063; BArch, DR 3/2. Schicht, 4067, Bd. 1 u. 2; BArch, DR 3/2. Schicht, 4068, Bd. 2, Statistik, 08.12.1989; BArch, DR 3/2. Schicht, 4068, Bd. 2, Statistik über Studenten aus arabischen Ländern 1988/89, o. D.; Statistiken über Studenten aus Syrien, dem Irak, Ägypten, dem Südjemen, Algerien, Jordanien, dem Libanon, Libyen, Marokko, Israel, Palästina, Tunesien u. Saudi-Arabien, 1956 bis 1990, in: UAL, Studentenkartei des Herder-Instituts.

¹²⁶ Beispielsweise hatte auch die Frau des PFLP-Vorsitzenden in der DDR studiert, vgl. Habache, *Révolutionnaires*, S. 165. Dass die Anzahl der palästinensischen Studenten in der DDR höher als das von der DDR bewilligte PLO-Kontingent war u. dass diese Palästinenser anderen Fraktionen als der Fatah angehörten, bestätigte auch Frau Koulailat im Gespräch am 05.11.2013.

Saiqa-Mitglied formal Staatsbürger eines bestimmten arabischen Landes. Dessen diplomatische Vertretung in der DDR war damit zugleich für das betreffende PLO-Mitglied verantwortlich. Staatenlose Palästinenser konnten sich zumeist an die Botschaft des Landes wenden, das ihnen ihr Identitätsdokument ausgestellt hatte¹²⁷.

Die Einrichtung dieses Büros wirft die maßgebliche Frage auf, ob die SED eigenständig mit dem Vertreter Arafats in der DDR verkehrte oder sowjetischen Direktiven folgte. Es konnten bislang keine Quellen gefunden werden, die auf Letzteres hinweisen. Auch ist unbekannt, ob und in welchem Umfang die sowjetische Seite mit Nabil Koulailat in Ost-Berlin zusammenarbeitete¹²⁸. Die Festlegungen der SED, wer mit diesem Büro wann was zu tun hatte, sowie die zugelassene Dysfunktion des Nationalrates wären ohne sowjetische Kenntnis und Billigung in dieser Form sicherlich nicht möglich gewesen. Es hat unter Umständen mehr als nur marginale Bedeutung, dass die erste Repräsentanz der PLO im kommunistischen Ostblock zwischen 1973 und 1978 in Berlin-Karlshorst untergebracht wurde. Erst danach zog sie nach Berlin-Pankow um¹²⁹.

Der dieser ersten PLO-Mission im sowjetisch-sozialistischen Machtbereich vonseiten der DDR eingeräumte Status resultierte aus den selbstdiagnostizierten Konflikten und erkannten Problemen innerhalb der Befreiungsorganisation der Palästinenser¹³⁰. Die SED beschränkte den protokollarischen Rang der Vertretung der PLO auf einen symbolischen Wert und überwachte Nabil Koulailat streng. Trotz dieser Maßnahmen und der weitgehend administrativen Rolle Koulailats besaß das Ost-Berliner PLO-Büro für Arafat aber eine große Bedeutung. Denn es war das erste seiner Art innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft und wurde selbstständig durch die Palästinensische Befreiungsorganisation geführt. Zudem unterstand es nicht der Botschaft eines arabischen Landes oder der Liga der arabischen Staaten, so wie dies zwischen 1968 und 1972 in der Bundesrepublik der Fall gewesen war¹³¹. Die Liga war in der DDR offiziell nicht diplomatisch vertreten¹³². Diese praktische Autonomie Koulailats war ein wichtiger Bestandteil der von Moskau gewollten Betonung der Selbstständigkeit Arafats, auch wenn das Büro in Karlshorst keinen relevanten diplomatisch-politischen Rang besaß.

¹²⁷ Dass das PLO-Büro, wie vom MfAA dem Botschafter Japans erklärt, keine konsularischen Aufgaben besaß, widersprach der im Politbürobeschluss 1973 sowie vom ZK formulierten Funktion, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, B 5.623, Vermerk, 07.02.1975; SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 2721, Vermerk, 18.09.1973.

¹²⁸ Frau Koulailat betonte im Gespräch am 05.11.2013, es habe zwischen dem Büro der PLO u. sowjetischen Stellen in Berlin-Karlshorst keinerlei Kontakt bestanden.

¹²⁹ Bis Mitte November 1975 befand sich das PLO-Büro in der Liepnitzstraße, im Anschluss bis Ende März 1977 in der Üderseestraße u. danach bis 1990 im Schönholzer Weg, vgl. die Mietverträge in: SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 6055.

¹³⁰ BArch, DZ 8/177, Vermerk, 15.11.1971.

¹³¹ Vgl. Meinung, Kommunistische Judenpolitik, S. 333. So auch Frau Om El-Seoud Koulailat u. ihr Sohn im Gespräch am 05.11.2013.

¹³² In den CD-Listen des MfAA ist eine solche Mission nicht verzeichnet. Ob die westdeutsche Vertretung der Liga Aufgaben in Bezug auf die DDR u. Ost-Berlin wahrnahm o. ob es eine gesonderte Repräsentanz in West-Berlin gab, die dies hätte tun können, ist nicht bekannt.

Abdallah Frangi: Die PLO/Fatah in Bonn

Als Erich Honecker Jassir Arafat im Herbst 1973 gestattete, Nabil Koulailat offiziell nach Ost-Berlin zu entsenden, war die PLO politisch in der Bundesrepublik nicht vertreten. Weniger als ein Jahr nach den Bonner Sanktionen im Zuge des Anschlags von München konnte die Palästinensische Befreiungsorganisation somit ihre institutionelle Präsenz in Deutschland wiederherstellen, allerdings erstmals seit 1968 nur im östlichen Teilstaat. Diese Situation dauerte aber nur wenige Monate an. Bereits Anfang 1974 kehrte Abdallah Frangi in die Bundesrepublik zurück und erreichte 1975 durch den von ihm angestrebten gerichtlichen Entscheid, dass seine Ausweisungsverfügung von 1972 für ungültig befunden wurde¹³³. Am 25. September 1975 gründete er gemeinsam mit zwei weiteren Personen die „Informationsstelle Palästina e. V.“¹³⁴. Im Vermerk an den Bundesaußenminister hieß es dazu im Mai 1976 vonseiten des Auswärtigen Amts: „Die Eintragung der ‚Informationsstelle Palästina‘ in das Vereinsregister konnte von der Bundesregierung oder anderen staatlichen Behörden nicht verhindert werden. [...] Entscheidend ist, dass diese Stelle keinen offiziellen oder offiziösen Status genießt. Die hinter dem Büro stehende PLO ist sich offensichtlich auch bewusst, dass keine Änderung der Haltung der Bundesregierung zu erwarten ist. Sie hat – anders als beispielsweise in London – auch davon Abstand genommen, die Bezeichnung ‚PLO‘ in irgendeiner Form in Erscheinung treten zu lassen.“¹³⁵

Zwei Wochen nach der Gründung der Informationsstelle Palästina e. V. trafen sich Abdallah Frangi und der Unterabteilungsleiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts, Walter Jesser, der im Anschluss an das Gespräch festhielt: „Auf meine Vorhaltung, warum er das AA nicht von der Eröffnung der Informationsstelle vorher unterrichtet habe, entgegnete Frangi, er habe vor einiger Zeit mit Herrn Dr. Böcker [Leiter des Referates 310, Naher Osten] [...] über die Gründung eines palästinensischen Vereins gesprochen. Ich verwies darauf, dass es in jenem Gespräch nur um Vereine zur Betreuung der Palästinenser gegangen sei, nicht um eine ‚Informationsstelle‘.“¹³⁶ Über dieses von Frangi erwähnte vorangegangene Gespräch mit Referatsleiter Alfons Böcker, das wiederum zwei Wochen vor der Vereinsgründung stattfand, vermerkte man im Amt: „Frangi erklärte, er

¹³³ Laut Erkenntnissen des MfS lebte Frangi spätestens ab Frühjahr 1974 wieder in der Bundesrepublik, vgl. BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 02. 02. 1975, Bl. 570. In der Begründung des Urteils des VG Darmstadt vom 07. 05. 1975 heißt es u. a.: „Dass das angeführte Verhalten des Klägers etwa zur Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung geführt oder die Sicherheit der BRD gefährdet hätte [...] ist bereits deshalb zu verneinen, weil die al Fatah in ihrer Zielstellung nicht gegen die BRD gerichtet noch dort bislang sicherheitsrechtlich in Erscheinung getreten ist“, so PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Abschrift des Urteils, 07. 05. 1975.

¹³⁴ Vgl. PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Vermerk, 24. 05. 1976; PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Abschrift des Vereinsregisters, 25. 09. 1975. Die Hinweise bei Dahlke, Wischnewski-Protokoll, S. 214, sowie bei Benedek, Anerkennung, S. 850, dass diese „Informationsstelle“ 1978 bzw. 1976 zugelassen worden sein soll, sind insofern unzutreffend.

¹³⁵ So PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Vermerk, 24. 05. 1976.

¹³⁶ So PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vermerk, 09. 10. 1975.

wolle sich nunmehr wegen der Gründung eines ‚Büros zur Betreuung der Palästinenser‘ an einen Anwalt wenden. Ich [Böcker] erwiderte ihm, dass wir in der Vergangenheit nicht von einem Büro zur Betreuung der Palästinenser, sondern von Vereinen gesprochen hätten, die sich den Angelegenheiten der Palästinenser annehmen sollten. Ich riet ihm erneut, sich eines Anwalts zu bedienen, da nur dieser in der Lage sei, die komplizierten Rechtsfragen des Ausländerrechts und des Vereinsrechts zu klären.“¹³⁷ Zusammenfassend hieß es: „Wir müssen darauf achten, dass Frangi sich an die Bedingungen und Auflagen hält. Es ist nicht ganz auszuschließen, dass er unter der Hand ein Büro aufmacht, um uns vor vollendete Tatsachen zu stellen.“¹³⁸ Diese Situation trat am 25. September 1975 ein. Ohne die „Bedingungen und Auflagen“ zu verletzen, mit denen das Auswärtige Amt Frangis politische Arbeit und Anwesenheit zu regeln suchte, aber ohne vorherige Abstimmung, konfrontierte Abdallah Frangi die Bundesregierung mit einer vereinsrechtlichen Lösung für das neue Büro der PLO/Fatah¹³⁹.

Sieht man vom Propagandaeffekt ab, der suggerierte, die Palästinensische Befreiungsorganisation sei von der DDR im Sommer 1973 anerkannt worden und habe seither über ein amtlich anerkanntes Büro in Ost-Berlin verfügt, hatte die PLO-Vertretung in der DDR ab dem Zeitpunkt der Vereinsgründung der „Informationsstelle Palästina e. V.“ gegenüber der Bonner Einrichtung keinerlei statusbedingte Vorteile. Frangi und Koulailat hielten sich de jure auf derselben Grundlage – nämlich als Privatpersonen – in ihrem jeweiligen Gastland auf. Die Einrichtungen, die sie leiteten, waren weder in dem einen noch dem anderen Fall mehr als eine inoffizielle Mission der PLO/Fatah; allerdings wurden deren Unterhaltskosten in Ost-Berlin Arafat erstattet¹⁴⁰. Angesichts der Situation, dass Frangi sich um das bemühte, was Koulailat angeblich schon erreicht hatte – die offizielle Anerkennung seines Gastlandes –, ist es bemerkenswert, auf welche protokollarischen Sachzwänge Honecker achtete, und wie substanzlos der politische Dialog mit dem Büroleiter der PLO in der DDR geführt wurde¹⁴¹.

Personell bestand die Bonner Mission schon 1975 aus zehn Mitarbeitern, darunter fünf Palästinensern¹⁴². Frangi unterhielt in der Bundesrepublik Kontakte mit Parteien, Verbänden, Gewerkschaften, Organisationen und der Bundesregierung, vor allem mit dem Auswärtigen Amt¹⁴³. Sie reichten in diesem Ministerium vom zuständigen Referatsleiter über die Abteilungsleiterebene bis hin zum Staatsminister; gemäß dem bundesdeutschen Protokoll konnten auch Botschafter des

¹³⁷ So PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vermerk, 11.09.1975.

¹³⁸ So ebd.

¹³⁹ Vgl. PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vermerk, 09.10.1975. Vgl. dazu die indirekte Bestätigung gemäß den Aussagen des Referates 310 in: PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vermerk, 11.09.1975.

¹⁴⁰ Vgl. auch Polkehn, DDR, S. 37, der allerdings irrtümlich erklärt, das Büro sei 1973 beim Solidaritätskomitee akkreditiert worden.

¹⁴¹ Das erste Treffen zwischen Nabil Koulailat u. dem Nationalrat kam zum großen Bedauern Koulailats erst Mitte November 1973 zustande, vgl. SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 2721, Vermerk, 19.11.1973.

¹⁴² Vgl. PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vermerk, 09.10.1975.

¹⁴³ So Abdallah Frangi im Interview am 28.10.2011, www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/1590855/ (30.10.2011).

Amts Vertreter der PLO lange vor 1978 empfangen¹⁴⁴. Staatsminister Wischnewski setzte sich 1975 persönlich dafür ein, dass die von Abdallah Frangi beantragte Freigabe von 1972 beschlagnahmten persönlichen Gegenständen durch das hessische Justizministerium bewilligt wurde¹⁴⁵. Das Magazin „Der Spiegel“ erklärte 1979 über die Kontakte Frangis: „Seit drei Jahren arbeitet Abdallah Frangi in einem kargen Büro bei der ‚Informationsstelle Palästina‘ als Arafats Mann in der Bonner Kaiserstraße. Der 38-jährige PLO-Lobbyist mit dem algerischen Diplomatenpass, der offiziell unter dem Dach der Arabischen Liga residiert, betreibt sein Geschäft trotz aller Tarnung völlig unbefangen: Von Walter Scheel über Helmut Schmidt bis zu Willy Brandt und Hans-Dietrich Genscher hat Frangi die Bonner Polit-Creme auf Cocktail-Partys kennengelernt.“¹⁴⁶

„Arafats Mann in der Bonner Kaiserstraße“ arbeitete freier und selbstständiger als sein Pendant in Berlin-Karlshorst. Frangi konnte nach Eröffnung der „Informationsstelle“ in Bonn ab Mitte der 1970er Jahre alte Verbindungen wiederherstellen, neue Kontakte knüpfen und plante die politische Arbeit für die PLO/Fatah in der Bundesrepublik. Während er um die Unterstützung Bonns warb, wurde er rasch öffentlich als die „Stimme der Fatah“ in der Bundesrepublik wahrgenommen und verfügte über eine große Bekanntheit und mediale Präsenz¹⁴⁷. Das kann man von Nabil Koulailat nicht behaupten. Sein öffentliches Auftreten beschränkte sich nach 1973 auf zugelassene Termine. Seine Gespräche mit dem Nationalrat der Nationalen Front der DDR galten der Planung und Logistik der Solidaritätslieferungen, der Krankenkontingente, der Studentenaufnahme sowie der Kinderbetreuung. Paradoxerweise verhielt sich die Arbeitsweise der Bonner PLO-Vertretung so, wie die des Büros der PLO in Ost-Berlin gemäß dem Wortlaut der SED-Vereinbarung hätte sein sollen.

Erklären lässt sich das westdeutsche Maß an Kooperation und Duldung Frangis damit, dass die Bundesregierung die Fatah für die wichtigste Gruppe der PLO hielt und einen anderen politischen Zugang zu ihr besaß als die SED. Die „deut-

¹⁴⁴ Vgl. die Darstellungen der Botschaften in Damaskus u. Beirut sowie des AA ab Ende der 1960er Jahre u. den Umgang zwischen dem westdeutschen Botschafter im Libanon mit Shafiq al Hut in: PA-AA, Bestand B 150, Bd. 198, Bericht der Vertretung Amman an das AA, 09.03.1970, Bl.1625f.; PA-AA, Bestand B 150, Bd.277, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 03.04.1973, Bl.2140-2142; AAPD, 1973, Dok. 98, Botschaftsrat Nowak, Beirut, an das AA, 07.04.1973, S.470-473; AAPD, 1975, Dok. 62, Aufzeichnungen des Ministerialdirektors Lahn, 26.03.1975, S.304-307; ISA/RG 93/MFA/2735/14, Schreiben der Botschaft Bonn an das Außenministerium, 30.09.1975 (hebräischsprachiges Original). Zu Frangis Kontakten im AA vgl. PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vermerk, 11.09.1975; PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vermerk, 09.10.1975; PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Vermerk, 24.05.1976.

¹⁴⁵ Vgl. PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Schreiben des Büros des Staatsministers an den Leiter des Referates 310, 03.11.1975; PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vermerk, 21.11.1975; PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vermerk, 19.08.1975.

¹⁴⁶ So Nuschelinge Kontakte, in: Der Spiegel, 48/1979, S. 39. Hans-Dietrich Genscher erklärte im Gespräch am 16.02.2012, er habe „bald“ nach dem VN-Beschluss 1974 Treffen mit Frangi abgehalten, allerdings nur in seinem FDP-Büro.

¹⁴⁷ Vgl. Kirchbach/Rad, Stimme, www.wdr5.de/av/audioerlebtegeschichtenabdallahfrangi100-audioplayer.html (20.11.2013). Vgl. auch Nuschelinge Kontakte, in: Der Spiegel, 48/1979, S. 37-39.

sche Gruppe“ der PLO/Fatah hatte in der Bundesrepublik studiert und Frangi vertrat keine marxistisch-leninistischen Ansichten¹⁴⁸. War es für Bonn *die* Fatah, nicht in erster Linie *die* PLO, mit der man über Frangi in Verbindung stand, verhielt es sich für die SED umgekehrt: Die DDR versuchte, mit ihrer PLO-Politik den Einfluss der Fatah zugunsten der DFLP und der PFLP zu minimieren. Denn die von Arafat begründete palästinensische Gruppe galt – und das machte sie im Westen wiederum so interessant – als eine antikommunistische Organisation, die von Personen geführt wurde, die vielfältige Bezüge zu westlichen Staaten sowie „reaktionären“ arabischen Regimen unterhielten und deren Wirtschaftspolitik sich sehr stark an kapitalistischen Maßstäben orientierte.

Bereits im Februar 1975 vermerkte das MfS, dass Koulaïlat Kontakte zu in der Bundesrepublik „illegal existierenden“ palästinensischen Vereinen unterhalte und im Juni 1974 Unterstützung für Abdallah Frangi geleistet habe¹⁴⁹. Unter anderem habe er Möbel nach Bonn geschickt, um beim Wiederaufbau des dortigen PLO-Büros zu helfen¹⁵⁰. Koulaïlat und Frangi kannten sich seit dem Studium des Ost-Berliner PLO-Vertreters in Westdeutschland und waren eng befreundet¹⁵¹. Die logistische Unterstützung zwischen PLO-Ost und PLO-West lässt erkennen, wie wichtig die in beiden Fällen der Fatah zugehörige Leitung des jeweiligen Büros für die tagtägliche Arbeit war. Dass Koulaïlat, wie die Staatssicherheit nach rund 18 Monaten feststellte, seine Präsenz in Ost-Berlin für Tätigkeiten in der Bundesrepublik und West-Berlin ausnutzte, entsprach der Funktion, die Arafat für ihn vorgesehen hatte¹⁵². Damit steht die Kooperation von Frangi und Koulaïlat zugleich exemplarisch für Arafats doppelte Deutschlandpolitik.

¹⁴⁸ Nachdem im Herbst 1976 in Bonn bekannt geworden war, dass Frangi sich mit dem Vorsitzenden der DKP getroffen u. ein Interview mit der Zeitung dieser Partei geführt hatte, vermerkte das AA, „Herr Frangi sollte auf die negativen Auswirkungen seines Tuns hingewiesen werden“, so in: PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Schreiben des BMI an das AA, 06.09.1976. Zum anschließenden Inhalt des Gesprächs mit Frangi hielt Unterabteilungsleiter Jesser fest: „Ich habe ihm [Frangi] den guten Rat gegeben, seine Kontakte mit linksextremistischen politischen Gruppierungen aufzugeben. Ich könne mir vorstellen, dass es eher in der politischen Zielstellung der palästinensischen Sache liege, wenn er sich um die in der Bundesrepublik etablierten Kräfte bemühe. Abdallah Frangi erklärte, dass er dies einsehe und dass er sich ‚bessern‘ wolle“, so in: PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Vermerk, 26.11.1976.

¹⁴⁹ Vgl. BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 02.02.1975, Bl. 570.

¹⁵⁰ Vgl. ebd., Bl. 571. So auch Frau Om El-Seoud Koulaïlat im Gespräch am 05.11.2013.

¹⁵¹ So Frau Koulaïlat u. Sohn im Gespräch am 05.11.2013.

¹⁵² Frau Koulaïlat betonte zudem, ihr Mann sei bewusst aufgrund seiner Aufenthalte in Österreich u. der Bundesrepublik, seines Studiums in Gießen sowie seiner Deutschkenntnisse von Arafat als erster Leiter des PLO-Büros in Ost-Berlin ausgewählt worden. Arafat habe eine Kooperation zwischen Koulaïlat u. Frangi, die ein enges Vertrauensverhältnis verband, gewollt, da Arafat die Deutschlandpolitik als Einheit konzipierte u. begriff.